Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.20 Mark, sollte bei Abholung frei Haus. Abbestellerkarte halbmonatlich 1.05 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten) Einzelnummer 10 Goldpfennig, Sonnabends 20 Goldpfennig.
Zum Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Staat und des Landrates Merseburg

mit einer wöchentlichen Beilage der vierzehntägigen Beilage **Die Zeit im Bild,** der illustrierten Beilage **Am häuslichen Herd** und dem monatlich erscheinenden **Bilder von Feld und Hof** Chronik von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Stellenanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig. Ausschlüsse. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Tagesanzeigers maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit.
Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 524 Geschäftsstelle 409.
Postscheckkonto: Leipzig 59 570.

Nr. 6 — Donnerstag den 8. Januar 1925 — 51. Jahrg.

Nochmaliger Auftrag zur Regierungsbildung.

Regierungsbildung noch heute? — Loebe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Berlin, 8. Jan. (Radiomeldung.) Reichspräsident Ebert hat namentlich im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Reichskanzler ersucht, möglichst beschleunigt ein Kabinett zusammenzustellen. Reichskanzler Marx hat diesen Auftrag angenommen und wird versuchen, noch im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett zu bilden. Gegenwärtig findet ein Kabinettsrat statt.

Berlin, 8. Jan. (Radiomeldung.) Der Ältestenrat des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung die

Dispositionen für die nächsten Tage

getroffen. Am morgigen Freitag werden Geschäftsordnungen und Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabend-Sitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil vermutet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen ist. Am Montag soll dann die Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Im übrigen einigte sich der Ältestenrat über die Wiedereinsetzung früherer Ausschüsse, wie der Ausschüsse für die Kriegsbeschädigtenfragen, für die Aufwertungsfragen, für das besetzte Gebiet usw.

*

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Während sich die Frage der Regierungsbildung immer mehr verwirrt und unter die Belastung immer neuer Komplikationen und Hemmnisse gerät, gehen im Reichstag die Dinge mit einer überraschenden Reibungslosigkeit voran. Man spürt zwar auch hier die Unrast und Ungewißheit, die über unserem politischen Dasein liegt, und man fühlt unter der so friedlich und glatt erscheinenden Oberfläche die gegensätzlichen und feindlichen Strömungen, die bei irgend einer Gelegenheit einen Sturm zu entfesseln bereit sind, aber noch sind die Widersacher und Meinungsverschiedenheiten gebunden durch die Unduldsichtigkeit dessen, was werden soll, noch ist Zurückhaltung in allen Lagern die vorsichtige Parole; unter deren günstigem Einfluß laufen die ersten Arbeiten ruhig und ohne Hemmungen. Auch

die Präsidentenwahl

stand unter diesem Zeichen. Wohl konnten einzelne Parteien nicht umhin, wenigstens durch die Aufstellung aussichtsloser Kandidaten den Versuch einer Erschwerung und Verzögerung zu machen, neben dem sozialdemokratischen und dem deutschnationalen Anwärter, zwischen denen die Entscheidung liegen mußte, wurde auch ein Volksparteiler und ein Kommunist genannt, und selbst auf Adolf Hitler „vereinigte sich" eine Stimme. Aber die Erwartung, daß bei diesem Nebeneinander mehrerer Kandidaten zunächst keiner die klare Mehrheit erhalten und Stichwahl nötig sein werde, wurde angenehm enttäuscht. Das Zentrum, das eine Zeitlang mit der Absicht umgegangen war, ebenfalls eine eigene Kandidatur aufzustellen, hatte diesen Plan fallen gelassen und stimmte sofort für den aussichtsreichsten Bewerber, auch aus den Reihen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei schlossen sich mehrere Abgeordnete an, und so erhielt der sozialdemokratische Kandidat Loebe schon im ersten Wahlgang

mit 231 Stimmen die sichere Mehrheit.

Mit 212 Stimmen folgte der bisherige deutschnationale Präsident Wallraf. Loebe nahm die Wahl an und leitete seine Amtstätigkeit mit einer kurzen Ansprache ein, die sofort zeigte, daß der Reichstag allen Grund hat, die Wiederkehr dieses bewährten, erfahrenen, umsichtigen und mit einer seltenen Gabe des die Dinge richtig fassenden Wortes ausgestatteten Verhandlungsleiters zu begrüßen. Auch der erste Vizepräsident mußte durch Zettelwahl gewählt werden. Die Deutschnationalen hatten zur Überraschung des Hauses ihr Mitglied Gräf-Thüringen für diesen Posten vorgeschlagen; man mochte der Meinung sein, daß sie geeignetere und ruhigere Anwärter hätten finden können, aber das ist ja schließlich ihre Sache. Auch Gräf wurde mit großer Mehrheit gewählt, und als weitere Vizepräsidenten kehren die bisherigen bewährten Inhaber dieser Ämter, der Zentrumsabgeordnete Bell und der Volksparteiler Dr. Nießer, wieder. Nach der Zusammenstellung des Büros ging der Reichstag dann an die positive Arbeit. Sie begann zunächst mit einer ausgiebigen Geduldsprobe, führte aber schließlich zu dem erstreben Ergebnis, daß die kommunistischen Anträge auf Freilassung der inhaftierten Abgeordneten dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen wurden. Der Reichstag wird am morgigen Donnerstag seine Arbeiten planmäßig fortsetzen.

*

Ist man hier also gut im Zuge, so steht es mit der

Regierungsbildung

um so schlimmer. Es scheint tatsächlich in der 6. Abendstunde des Mittwoch, als sei Reichskanzler Dr. Marx mit seinem Latein zu Ende. Er hat sich in dieser Stunde zum Reichspräsidenten begeben, und es ist immerhin möglich, daß er ihm um Entlastung von diesem undankbaren Auftrag bittet. Eine größere Wahrscheinlichkeit allerdings spricht dafür, daß Reichskanzler Dr. Marx noch einen letzten Versuch machen wird, wenn auch offenbar weder er noch sonst jemand den Weg klar sieht, den er beschreiten soll. Die Deutschnationalen haben dadurch, daß sie Preußen zu der Frage ersten Ranges gemacht haben, eine Regierungsbildung mit ihrer Mitwirkung zunächst unmöglich gemacht. Solange aber, bis die Dinge in Preußen geklärt sind, glaubt Reichskanzler Dr. Marx nicht warten zu können. Er hat daher bekanntlich den Versuch gemacht, ohne die Deutschnationalen weiter zu kommen und an ein Kabinett gedacht, in dem der Volksparteiler Kahl das Justizministerium und der Demokrat Koch das Innenministerium und das Vizekanzleramt übernehmen sollten. Die Deutsche Volkspartei aber hat sich dem widersetzt mit der Erklärung, sie könne ein in dieser Weise sich als

verdecktes Kabinett der Mitte

darstellendes Kabinett nicht mitmachen. Damit war auch diese Möglichkeit verschüttet. Es bleibt nun vielleicht noch der Ausweg, der bei diesem Plan schon mitsprach, nämlich verschiedene Portefeuilles an die bisherigen Staatssekretäre der einzelnen Ministerien zu geben und dadurch das Restkabinett soweit als nötig zu ergänzen. Es würde freilich wohl dabei auch erforderlich sein, Ersatz für die volksparteilichen Minister zu schaffen und hier liegen wohl die Schwierigkeiten, für die also wieder die Deutsche Volkspartei die Verantwortung hat. Das Zentrum hat sich zwar in Preußen sehr klar gegen die Absichten der Deutschnationalen und der Volkspartei ausgesprochen, ist aber im Reiche auf einer Bahn, deren Ziel man nicht ganz klar zu erkennen vermag.

Die Antrittsrede Loebes.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Nach seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten dankte Abg. Loebe, mit lebhaftem Beifall von der Mehrheit des Hauses begrüßt, für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Im Gegensatz zu früher sei jetzt auch das Amt des Reichstagspräsidenten zu einem Kampfobjekt zwischen den Parteien geworden. Der Präsident ist aber, so fuhr der Redner fort, in dem Augenblick, wo er sein Amt antritt, zu voller Unparteilichkeit gegenüber allen Parteien verpflichtet. Diese Unparteilichkeit gelobe ich hiermit. (Beifall.) Dazu gesellt sich die Frage, die Minderheiten zu schützen. (Rufe bei den Kommunisten: Mit Hilfe der Polizei!) Der Schutz der Minderheiten ist nur möglich, wenn die volle Arbeitsfähigkeit des Reichstages gesichert und seine Würde gewahrt ist. Ich werde bemüht sein, diese Arbeitsfähigkeit und Würde des Reichstages zu wahren und erbitte dazu ihre Mitarbeit. Der Präsident erinnert dann an die großen Aufgaben, die den Reichstag bevorstehen, die Wirtschaftsverhandlungen und die Aufwertungsfrage. Er gedenkt zum Schluß der verstorbenen Abg. Dr. Cüringer (LVP.) und Maltewitz (DnVP.) und rühmt ihre Verdienste. Die Abgeordneten haben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Der Präsident legt scharfen Protest gegen die ungerechtfertigte Besetzung deutschen Landes ein und schließt mit einem Dank an den Alterspräsidenten und den bisherigen Präsidenten des Reichstages, der der Schwierigkeiten gestanden habe, wie noch nie ein Reichspräsident.

Einberufung des Ältestenausschusses.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Der Ältestenausschuß des Reichstages ist für Donnerstag vormittag 11 Uhr einberufen worden, um über die bevorstehende Vertagung des Reichstages Beschluß zu fassen.

Die Vizepräsidenten des Reichstags.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurden insgesamt 444 Stimmen abgegeben, davon waren 396 gültig. Der Abgeordnete Graef-Thüringen erhielt 217, der Abgeordnete Bell (Ztr.) 116 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zersplittert. Der Abgeordnete Graef-Thüringen nimmt die auf ihn gefallene Wahl an. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde durch Zuruf der Abgeordnete Bell (Ztr.) und zum dritten der Abgeordnete Nießer (DVP.) gewählt.

Selbständige Zentrumspolitik in Preußen.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags trat heute vormittag 11 Uhr zur Weiterbesprechung der politischen Lage zusammen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand das Ergebnis der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums. Die Besprechungen bewegten sich, wie verlautet, in der Richtung, daß man die Entwicklung im Reiche weiter zu verfolgen habe, daß aber das Zentrum für Preußen an einer selbständigen Politik nach wie vor festgehalten werde. Zu einer endgültigen Festlegung ist es bisher noch nicht gekommen. Um 4½ Uhr wurden die Beratungen unterbrochen. Sie sollen um drei Uhr fortgesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß das Ergebnis der Beratung in einem parteioffiziellen Kommunique mitgeteilt werden wird.

Die Reichsregierung gegen den Vertragsbruch.

Die deutsche Antwort in der Räumungsfrage.

Die deutsche Antwort auf die Note der alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Reichskanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlande zone folgendes ergebenst mitzuteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtungen, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolgedessen erhobenen dringenden Vorstellungen haben sich die alliierten Regierungen entschlossen, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich daher vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrages von Versailles die erste Epoche seiner Durchführung abschließen und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten eine Erleichterung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Erleichterungen die Befreiung eines großen Teiles des besetzten deutschen Gebietes nicht innehalten wollen. Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebietsteile durch fremde Truppen ist

eine der härtesten Bestimmungen

des Versailler Vertrags. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben damit dem

Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag

versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an eine ruhige Zusammenarbeit mit anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert. Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung des Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage. Sie beschränken sich indes einweisen darauf,

diese Verfehlungen allgemein anzudeuten.

Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf die die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.

Die alsbaldige Mitteilung dieser Tatsachen durfte um so mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängt.

Durch ihr Verfahren haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit genommen, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte

weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird.

Sie wird alsdann zögern, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte, Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganisationen bestehen, das übrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stande der deutschen Abrüstung zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist. Es ist richtig, daß der Art. 429 des Versailler Vertrags die Räumung des besetzten Gebiets zu den dort vorgesehenen Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragserfüllungen abhängig macht.

Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungs das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Besetzung entspricht.

Für eine loyale Handhabung internationaler Verträge ist es elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offenbares Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann in dem vorliegenden Falle unter keinen Umständen die Rede sein. Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in dem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus den Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befugnis zu einer Vergeltungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angekündigt worden ist. Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen

entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf das eine nicht außer acht gelassen werden: Bei einem Vertrage, der wie der Versailler Vertrag nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist und der dem einen Teil auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den besetzten Teil keineswegs der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Verständigung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuführen. Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrags, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen, bewirkt hat, keinerlei die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz haben gezeigt, daß eine solche Politik durchaus im Bereich der realen Möglichkeiten liegt.

Nur wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortführung jener Politik leiten lassen, so ist es möglich, an der unbedingt gebotenen schnellen Regelung der durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konflikte zu gelangen.

Der Reichshaushaltsplan für 1925.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Dem Reichstage ist der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 zugegangen. Er weicht in formeller Hinsicht von demjenigen für das Rechnungsjahr 1924 wesentlich ab. Er ist auf Reichsmark eingestellt und enthält u. a. die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 227 749 Mk., die zur Bestreitung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes dienen sollen und zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege des Kredits bis zum Betrage von 150 000 000 Mk. Der Reichshaushaltsplan schließt die Einnahmen und Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung mit 5 947 202 281 RM. und für die Kriegslasten mit 14 385 356 RM. ab. Die Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung werden im ordentlichen Haushalt auf 5 513 787 899 RM., die fortdauernden Ausgaben auf 5 328 944 449 RM., die einmaligen Ausgaben auf 184 843 450 RM. angesetzt. Im außerordentlichen Haushalt werden die Einnahmen und die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung auf 433 414 382 Reichsmark veranschlagt.

Trendelenburgs Bericht.

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Staatssekretär v. Trendelenburg, der Führer der deutschen Handelsvertragsverhandlungen in Paris, der gestern abend hier eingetroffen ist, wird heute nachmittag im Reichskabinett über den Verlauf der Pariser Verhandlungen und seiner Besprechungen mit dem französischen Handelsminister Rainaldy Bericht erstatten.

Erdbeben.

Freiburg (Baden), 8. Januar. (TU.) Hier und in ganz Baden sowie in der Schweiz wurden heute vormittag von 3.50 bis 4 Uhr heftige Erdstöße wahrgenommen, die von einem unterirdischen schwachen Donnergeräusch begleitet waren. Die Erdbewegung war wellenförmig und verlief in süd-nördlicher Richtung. Sachschaden ist nicht entstanden.

New York, 8. Januar. (TU.) Aus Boston wird von einem neuen Erdstoß berichtet, der etwa eine Minute dauerte und eine große Panik hervorrief. Ernste Schäden sind nicht entstanden. Der Mittelpunkt des Erdbebens liegt im Atlantik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0001

Trendelenburgs Berliner Reise.

Staatssekretär Trendelenburg, der Führer der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris, ist am Mittwoch in Berlin eingetroffen, um den zuständigen Stellen **Bericht über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen** zu erstatten. Diese Reise Trendelenburgs charakterisiert am besten, wie sehr sich die Dinge wieder einmal zugespitzt haben, wobei von vornherein festzustellen ist, daß die Aussichten auf einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen heute weit geringer sind als bei der ersten Reise Trendelenburgs. Bekanntlich sollte, da ein Handelsvertrag bei der Schwierigkeit der zu behandelnden Materie **bis zum 10. Januar nicht unter** Dach und Fach zu bringen war,

ein Provisorium

geschaffen werden. Von französischer Seite ist **für dieses Provisorium** ein sehr umfangreicher Vorschlag allerdings gemacht worden, sodaß der Anschein erweckt wird, als ob auch Frankreich an dem Zustandekommen dieser Zwischenregelung ein Interesse hätte. Prüft man aber die Bedingungen genauer, so muß man zu der Folgerung kommen, daß dieser Vorschlag eher einer Herausforderung zum Zollkriege gleicht, als dem Wunsche, einen tragbaren Zustand zu schaffen. Zudem sichern sich die Franzosen die Möglichkeit **beliebiger Verlängerung über drei Monate hinaus**, sodaß sich garnicht sagen läßt, wann dieses Provisorium eigentlich ein Ende haben sollte. Nach dem französischen Vorschlag wird die gegenseitige Meistbegünstigung nicht hergestellt. Das Recht der zollfreien Einfuhr in das Saargebiet fällt fort, dagegen verlangen die Franzosen die fristlose Verlängerung der elsaß-lothringischen Kontingente in voller Höhe und fordern Bindung der deutschen Zollsätze.

Auch in dem zweiten handelspolitischen Teil **des Provisoriums** erfahren alle diejenigen Fragen, an denen Deutschland besonderes Interesse hat, eine gänzlich unbefriedigende Lösung. Vom Konsulatswesen ist in dem Abkommen überhaupt nicht die Rede. **Der ganze Vorschlag erweist sich für Deutschland als untragbar.** Nicht besser steht es um das Definitivum. Nachdem die Verhandlungen einen einigermaßen befriedigenden Verlauf zu nehmen schienen, sind die Franzosen hier mit einem neuen Zolltarif hervorgetreten, der zwar von der Kammer noch nicht genehmigt ist, der **aber praktisch eine Unterbindung des deutsch-französischen Warenaustausches** bringen würde, da er für die deutsche Ausfuhr untragbare Zollsätze bringt. Die Vertreter der verschiedensten Industrien haben bereits darauf hingewiesen, daß ihr Export nach Frankreich durch den neuen Tarif einfach totgeschlagen würde. Auch in Frankreich selbst scheint man gegen eine solche Politik gewisse Bedenken zu haben, denn „Ere Nouvelle" erklärt ausdrücklich, daß man es der deutschen Delegation nicht verdenken könne, wenn sie Zollsätze für wichtige Artikel bekämpfe, die von der Schutzzollpolitik des Nationalen Blocks übernommen seien. **Jedenfalls werden die Franzosen ihre Forderungen ganz wesentlich herabmindern müssen, wenn ein Zollkrieg vermieden werden soll.** Einem solchen würde Deutschland mit Ruhe entgegensehen können, wenn er auch für beide Völker naturgemäß schädlich sein würde. Daß die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern durch einen solchen Zollkrieg nicht gerade gefördert werden würde, bedarf keiner besonderen Betonung.

Ein Wendepunkt in der südslawischen Staatskrise.

Die Staatskrise, in der sich das dreinamige Reich der Südslawen seit vier Jahren befindet und die bereits soweit ausartete, daß mit einem Zerfall dieses Staatsgebildes gerechnet werden konnte, ist an einem Wendepunkt angelangt. Die Verhaftung des Kroatenführers Stefan Raditsch und die auf Grund des Staatsschutzgesetzes erfolgte Auflösung der Trägerin des föderalistischen Gedankens: der kroatischen republikanischen Bauernpartei bedeutet den gewaltsamen Schritt, den die Serben schon lange geplant haben, um sich der kroatischen Gegnerschaft endgültig zu entledigen, den sie aber bisher nicht durchführen konnten, weil die Krone ihre Zustimmung zur Anwendung von Gewaltmaßregeln bisher immer versagte. König Alexander hat bis noch vor einigen Wochen die Hoffnung gehegt, daß es im Verhandlungswege gelingen dürfte, die kroatisch-serbische Feindschaft aus der Welt zu schaffen. Vorbedingung dazu wäre allenfalls gewesen, daß die Kroaten, die von Stefan Raditsch vollkommen beherrscht werden, ihre Forderungen mäßigen, sich mit der monarchistischen Staatsform und mit einer weitgehenden kroatischen Verwaltungsautonomie anstelle eines föderalistischen Kroatiens zufrieden geben. Diese Hoffnung der Krone wurde gestärkt, als vor etwa vier Monaten die serbischen Gegner des Ministerpräsidenten Pasitsch, die sogenannten Davidowitsch-Demokraten ein Bündnis mit den Kroaten abschlossen und eine Plattform fanden, die eine friedliche innerpolitische Entwicklung zu sichern schien. Damals hieß es, daß Stefan Raditsch und seine Kroaten den republikanischen Gedanken hintanstellen und sich mit dem tatsächlich erreichbaren begnügen werden. Infolgedessen hat der König den Demokraten Davidowitsch im Verein mit dem ebenfalls autonomistischen Slowenen Koroschetz mit der Regierungsbildung betraut und sich vorerst mit der Zusicherung der Raditsch-Partei begnügt, daß diese die so gebildete Verständigungsregierung unterstützen werde. Schon nach kurzer Zeit zeigte es sich aber, daß die Regierung eine tragbare Mehrheit im Parlament und den nötigen Anklang zur durch die erwähnte Plattform notwendig gewordene Verfassungsänderung im Volke nur erlangen kann, wenn die Raditsch-Partei nicht nur Außenseiter ist, sondern verantwortlich an der Regierung mitwirkt. Dazu konnte sich aber Raditsch nicht entschließen, stürzte damit seine Freunde und verhalf wieder einmal, wie schon so oft in den vergangenen Jahren, seinem erbitterten Gegner, den alten Pasitsch, zur Macht. Pasitsch begann sofort auf den König im Sinne seiner längst geplanten Maßnahmen einzuwirken und es gelang ihm, dem König zu beweisen, daß nur eine vollständige Vertilgung Raditschs und seiner Gefolgschaft das Reich retten kann. So kam es, daß heute von einer Raditsch-Partei im richtigen Sinne nicht mehr die Rede ist, daß diese Organisation, die etwa 4 Millionen Seelen umfaßt, in der Versenkung verschwindet. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Kroaten, die heute nicht nur mehr politisch, sondern auch physisch und seelisch eine erbitterte Feindschaft und Haß gegenüber den Serben in ihren Herzen tragen, sich mit dieser Vergewaltigung abfinden werden. Es muß angenommen werden, daß die Maßnahmen der Regierung Pasitsch alles eher als Ruhe und Frieden dem Südslawenlande bringen werden.

Wichtiges vom Tage.

Der Kundgebung für den Reichspräsidenten, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschlossen worden war, ist nun auch, wie das Berliner Tageblatt berichtet, der Magistrat beigetreten, mit dem Vorbehalt, daß wegen der Bereitstellung des Bundespalais für den Reichspräsidenten mit den maßgebenden Stellen entsprechende Verhandlungen geführt werden sollen.

*

Oberlandesgerichtsrat Poehner hat seine im Hitler-Prozeß erhaltene Festungsstrafe am Montag den 5. Januar in der Festungsanstalt Landsfeld angetreten.

*

Über Canadas etwaigen Austritt aus dem Völkerbund wird aus Ottawa gemeldet: In Regierungskreisen sind Stimmen für den Austritt Canadas laut geworden. Canada habe keine Veranlassung, noch weiterhin am Völkerbund teilzunehmen, besonders, da der Völkerbund die meisten der Beteiligten enttäuscht habe. Wenn die Vereinigten Staaten ohne den Völkerbund auskämen, so könne Canada das nicht minder.

*

„Journal des Debats" meldet aus Rio de Janeiro, daß infolge der Wirren in Brasilien der Belagerungszustand über einige Provinzen verhängt wurde.

*

In Washingtoner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten die offizielle Teilnahme an der interalliierten Schuldenkonferenz, die im März in Brüssel stattfinden soll, ablehnen werden.

Außenpolitische Übersicht.

Österreichischer Finanzausgleich.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Am 15. Januar tritt, nach der Vossischen Zeitung, nach vorhergegangener Fühlungnahme mit allen Ländern in Wien eine allgemeine Länderkonferenz zusammen, welche die für die Consolidierungsvoranschläge überaus wichtige Frage der Abgabeteilung zwischen Bund und Ländern und der Finanzierung der Länder regeln soll.

Mussolini siegt?

Rom, 8. Jan. (TU.) Mussolini hat sich die zweite Überraschung geleistet. Die erste war die gänzlich unerwartete Ankündigung der Wahlrechtsvorlage. Heute hat er im Ministerrat erklärt, die Kammer werde sofort nach Annahme der Wahlrechtsvorlage aufgelöst werden und es würden Neuwahlen ausgeschrieben werden. Da zwischen Kammerauflösung und Neuwahlen 45 Tage liegen müssen und da mit Annahme der Wahlrechtsvorlage innerhalb eines Monats zu rechnen ist, könnten Neuwahlen bereits Ende April oder Anfang Mai stattfinden. Mussolini hätte diese Erklärung nicht abgeben können, wenn er nicht vorher der Zustimmung der Krone sicher gewesen sein würde, deren Vorrecht die Bestimmung über eine Auflösung ist. Somit würde Mussolini dgedeckt bleiben und die sogenannte moralische Frage nachstehen, die in dem Prozeß Matteotti ausläuft und deren Klärung nicht nur von der Aventinoopposition sondern auch von der Giolitti- und Salandra-Opposition als Grundbedingung für Neuwahlen bezeichnet wurde. Hiernach werde man jetzt in Italien vor einer völlig neuen Lage stehen

Über die Vorgänge in Italien liegt eine Radiomeldung vor, wonach die faszistische Miliz nunmehr auch in Bologna mobilisiert worden ist. Bei einer Durchsuchung des Gewerkschaftsvereins in Bologna wurden 10 Personen verhaftet. In Mantua wurden etwa 100 Personen verhaftet, während in Florenz 50 Inhaftierungen vorgenommen wurden. Die in einem Vorort Mantuas belegene Wohnung des sozialistischen Abgeordneten Zainboni wurde während seiner Abwesenheit nach verdächtigen Dokumenten durchsucht.

Zusammenschluß der Antifaszisten?

Nach Meldungen aus Rom führen die letzten Ereignisse in Italien jetzt anscheinend zu einem Zusammenschluß der gesamten Opposition, als deren Führer Giolitti in Aussicht genommen sein soll. Giolitti soll grundsätzlich bereit sein, diese Rolle zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß mindestens 150 Abgeordnete der Opposition bereit sind, in das Parlament zurückzukehren. Ob dieser neue Oppositionsblock schon bei der für den 12. Januar einberufenen Kammersitzung in Erscheinung treten wird, bleibt abzuwarten.

Günstiger Verlauf der deutsch-italienischen Verhandlungen.

Berlin, 7. Jan. (Priv.-Telegr.) Das Berliner Tageblatt **berichtet aus Rom: Die deutsch-italienischen Besprechungen über den Handelsvertrag scheinen einen erfreulichen Fortgang zu nehmen. Man kam nunmehr zum Kernpunkt der Frage, nämlich der von Deutschland geforderten Meistbegünstigung und der Feststellung der Ausnahmen, die Italien verlange.**

Die englische Reichskonferenz gescheitert.

Die englische Regierung veröffentlicht jetzt ein Weißbuch, in dem sie ihre Korrespondenz mit den Dominions über die auswärtige Politik zusammengefaßt hat. Von besonderem Interesse ist naturgemäß der Briefwechsel über die Anregung, das Genfer Protokoll auf der Reichskonferenz zu erörtern. Die Dominions haben, wie ja schon bekannt ist, eine äußerst zurückhaltende Stellung eingenommen, sodaß man wohl **die für den März geplante englische Weltreichskonferenz als gescheitert betrachten kann.** „Daily Telegraph" erklärt dazu noch, daß die australische Regierung sich endgültig gegen die Idee einer Reichskonferenz in London, auf der das Genfer Protokoll erörtert werden soll, gewandt habe. Man wird nun also vermutlich versuchen, auf schriftlichem Wege über das Protokoll zu verhandeln und die Dominions werden so ihre Abänderungswünsche und Vorbehalte gewissermaßen als Instruktionen an die englische Regierung zum Ausdruck bringen. Sobald die Ansichten der Dominions so festgelegt sind, wird der englische Außenminister festzustellen haben, ob diese Wünsche mit den Aussichten der anderen Staaten über das Genfer Protokoll in Einklang zu bringen sind. Damit wird die Ratifikation des Genfer Protokolls auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Es ist begreiflich, daß man sich unter solchen Umständen besonders in Frankreich nach einem Ersatz für das Genfer Protokoll umsieht und man wird die hier auftauchenden Pläne besonders im Hinblick auf das Rheinland mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

Spanien erkauft sich Waffenruhe in Marokko.

Nach den Nachrichten über die schweren Niederlagen der Spanier in Marokko ist es in letzter Zeit verhältnismäßig still geworden. Man hört nichts mehr von besonders großen Kampfhandlungen und es könnte fast den Anschein erwecken, als ob sich die militärische Lage der Spanier wesentlich gebessert habe. Diese Wendung zum Besseren ist allem Anschein nach auf sehr merkwürdige Art und Weise zustande gekommen. Wie nämlich aus Nordafrika gemeldet wird, hat das spanische Oberkommando größere Geldsummen den nicht unterworfenen aufständischen Führern bezahlt und diese dafür verpflichtet, ihre Leute im Zaume zu halten. Nur aus diesem Grunde sei es nicht mehr zu großen Angriffen gekommen und nur deshalb erschienen im Augenblick die lebenswichtigen Verbindungen des Heeres mit der Küste gesichert. Diese Art der Kriegführung hat immerhin den Reiz der Neuheit für sich. Es fragt sich nur, wie lange die spanische Staatskasse diese Kriegführung aushalten wird.

Verzweifelte Menschen.

London, 7. Januar. (TU.) **Wie „Daily News" aus Southampton meldet, sind dort 700 russische Auswanderer, die auf den Weitertransport warten, wegen schlechter Verpflegung in einen Hungerstreik getreten. Die Auswanderer müssen zurückgehalten werden, weil die russische Einwanderungsquote in Amerika bereits überschritten ist.**

Deutschland.

Haftbefehl gegen die Gebrüder Barmat.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, ist gegen die drei Brüder Henry, Julius und Isaak Barmat richterlicher Haftbefehl erlassen. Salomon Barmat ist auf freien Fuß gesetzt worden, weil mit Rücksicht auf seinen ungünstigen Gesundheitszustand Fluchtverdacht nicht besteht. Gegen die vier Brüder Barmat sowie gegen den Ministerialdirektor a. D. Kautz, Oberfinanzrat a. D. Hellwig, Finanzrat Rühe, Kaufmann Fritz Wolff, Rechtsanwalt Rabinowitsch, Direktor Alfred Staub und Kaufmann Bruno Klenzke ist von der Staatsanwaltschaft Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt worden. Auch gegen Rühe ist nunmehr richterlicher Haftbefehl erlassen worden. Gegen Kautz, Hellwig, Rabinowitsch und Staub war er bereits erlassen. In der Angelegenheit Kutisker ist Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Schuldigen beantragt worden.

Sanierung Barmats?

Berlin, 7. Januar. (TU.) Die Vernehmung Julius Barmats **ist noch nicht abgeschlossen. Er zeigt sich sehr zuversichtlich und hat seine gesamten holländischen Besitzungen zur Deckung der Staatsbank zur Verfügung gestellt. Freunde des Barmatskonzerns sind in Berlin eingetroffen, um event. finanzielle Hilfe leisten zu können.**

Gastdirigenten im Gewandhaus.

1) Allgemeine Bemerkungen.

Wilhelm Furtwänglers Amerikareise inmitten der Spielzeit des Gewandhauses ist von der großstädtischen Kritik mehrfach scharf angegriffen worden. Soweit man Furtwängler dabei nach dem Vorbilde Nikischs zu orientieren suchte, so wäre nur zu sagen, daß solche schulmeisterliche Betrachtungsweise, die alles geistige Leben bloß als schematisches Gebilde von Vorbild und Abbild zu sehen vermag und an den seelischen Wurzelkräften blind vorbeigeht, höchstens lächerlich und geschmacklos wirkt. Gewichtiger ist schon der Vorwurf, Furtwängler habe die Tradition des Gewandhauses durchbrochen. Aber das Eigentümliche einer Tradition besteht ja gerade darin, daß sie nicht paragraphenmäßig festgesetzt, sondern in lebendigem Fluß geworden ist und sich fortwährend weiter entwickelt. Wenn eine Tradition erst einmal erstarrt ist, wird sie auch bald vom ewigen Geschehen überflutet und zerbröckelt. Daß Furtwängler „berechtigt" ist, an der Tradition des Gewandhauses mitzuschaffen, kann gar nicht in Frage gestellt werden.

Die Frage ist vielmehr: Wird Ansehen und Bestand des Gewandhauses durch Furtwänglers Amerikafahrt gefährdet? Das wäre vielleicht möglich, wenn das Orchester allein Material in seiner Hand wäre. Darin, daß das Orchester zwischen Gewandhaus und Neuem Theater geteilt ist, liegen weit größere künstlerische Gefahrenquellen. Das Entscheidende in der ganzen Angelegenheit ist aber das Recht des großen Individuums. Ist Furtwängler nur durchschnittlich, so ist sein Bruch der Tradition Verfehlung; ist er aber überragender Persönlichkeit, so ist das schöpferische Tat. Wäre er produktiver Künstler von großem Maß, dann bedürfte es keiner Auslandsfahrten, da für den Schaffenden das Kunstwerk repräsentativ ist. So lange er nur Dirigent ist, bedarf es seiner persönlichen Erscheinung. Das ist so selbstverständlich, daß ich es nur der Vollständigkeit wegen sage. Furtwängler hat etwas von der Stoßkraft eines Welteroberers, vom ruhelosen Sich-nicht-bescheiden-können. Wenn solch ein Mensch über Länder und Erdteile greift, so ist das wie ein Naturereignis, dem mit kleinen Mitteln nicht gewehrt werden kann. Sich dann schreiend hinter einer Tradition zu verschanzen, zu der wir nicht einmal etwas geleistet haben, ist Spießbürgerfeigheit und Herdenmenschenmoral. Gewiß, sie ist tausendfältig da: aber der große und starke Mensch erhebt sich über sie, auch wenn er ihrer Rache verfällt.

Da Furtwängler durch diese Presseangriffe sich nicht im mindesten hat beirren lassen, ist das Lärmen der Öffentlichkeit, die in diesem Falle vielleicht nur aus wenigen „Interessenten" bestand, schnell verstummt. Inzwischen ist ein anderer Vorstoß gegen die Gewandhausdirektion unternommen worden. Deutsch-völkische Kreise sprechen von Verjudung des Gewandhauses. Der Angriff könnte unbeachtet bleiben, wenn nicht tatsächlich von den 5 Dirigenten des „Interregnums": Walter, Klemperer, Brecher, Kleiber und Wendel nur der letzte kein Jude wäre. Bei dem stark konservativen Hang von Publikum und Leitung des Gewandhauses wird man zuerst danach fragen, welche besonderen Gründe hier wirksam sind; und wenn dergleichen nicht erkennbar ist, wird man sich genauer orientieren. Statt dessen schlägt man eine Serie „arischer" Dirigenten vor, als ob man allein im Besitz dieser Weisheit wäre. **Ist man dabei ganz sicher, daß kein** einziger eingeladen wurde, daß kein einziger aus nichtigen Gründen abgelehnt hat? Ist man ganz sicher daß Siegfried Wagner ein großer Dirigent ist? Oder ist das Fiasko der vorjährigen bayreuther Festspiele nur ein gelegentlicher Zufall und nicht vielmehr Beweis, daß die Erbschaft nicht in den rechten Händen ruht? Und zum Schluß frage ich messerscharf: Ist man ganz sicher, daß in Siegfried Wagners Adern nicht ein Tropfen jüdischen Blutes fließt? Und wenn Strauß präsentiert wird, — kennt man dessen Honorarforderungen?

Ich frage nur, um zu beweisen, daß man unverantwortlich und unüberlegt drauflos schwadroniert hat. Denn die Rassenfrage ist schließlich nicht das primum movens der Welt- und Kulturgeschichte. Aber eines ist sicher: Anempfindsamkeit ist ein Charakteristikum der jüdischen Rasse. Diese Fähigkeit in fremden Geisteskomplexen unterzutauchen, prädestiniert den Juden zum Schauspieler und Dirigenten. Der Ruf der 4 jüdischen Gastdirigenten ist nicht durch die Reklame der Presse entstanden, sondern ist Anerkennung ihres Könnens. Und zuletzt eine Frage. Wer mißt sich so viel Unterscheidungsvermögen zu, daß er allein aus der Nachgestaltung eines musikalischen Werkes, ohne vom Dirigenten etwas zu wissen und zu sehen, mit untrüglicher Gewißheit Judentum oder Nichtjudentum feststellen könnte? Der Dirigent und seine Leistung bleibt bei aller seiner Bedeutung neben dem Werke immer sekundär. Denn das Kunstwerk bildet durch alle Verdeckung der Interpretation hindurch seinen eigenen ihm notwendigen und gemäßen Lebensraum. Das normale Publikum aber mit seiner hartnäckigen Instinktlosigkeit wird niemals Werk und Darstellung scheiden lernen, so daß es fast gleichgültig bleibt, von wem und wie dargestellt wird. Auf die Allgemeinheit wirkt stets nur Nimbus und Zauber des klingenden Namens. Als es noch nicht zur „Bildung" als notwendiger Bestandteil gehörte, auch für Musik Verständnis zu zeigen und bei einigen auserwählten Veranstaltungen dabei zu sein, war es um Kunst und Künstler besser bestellt. Und die Apellation an die Bequemlichkeit, daß es sich zu Haus im Klubfauteuil angenehmer schläft als bei diesen entsetzlich langen und langweiligen Brucknerssymphonien, die zudem so überflüssig religiös sind, wird wenig nützen. Zur Beruhigung des modernen Gewissens hat ein berühmter Kritiker behauptet, Bruckner wäre primär musikalisch und nur nebenbei religiös gewesen.

Vor dem Gewandhauspublikum jedoch vollzieht sich nunmehr das grandiose Schauspiel eines Aufmarsches der berühmten deutschen Generalmusikdirektoren. Leider gibt es von dieser Kategorie jetzt schon so viele, daß man sie der Übersicht halber in Klassen einteilen sollte und der Einfachheit wegen, wie ich schon gelesen habe, abgekürzt schreiben, etwa G. M. D. III. — vielleicht unter Berücksichtigung der Ortsklasseneinteilung. Ich werde vom Titel abstrahieren und von den Dirigenten Porträts zeichnen, wie sie sind, sine ira et studio.

Rudolf Donath.

Klabund: „Der Kreidekreis".

Ein Spiel in fünf Bildern nach dem Chinesischen.
Uraufführung in Meißen, Frankfurt a. M., Hamburg, Braunschweig, Prag u. a.

„Gerechtigkeit, sie sei dein höchstes Ziel. Denn also lehrt des Kreidekreises Spiel." Mit ganz seltener Eindringlichkeit spricht diese **Mahnung, mit der das alte chinesische Spiel vom „Kreidekreis"** schließt, in diesen Tagen zu uns, da ein aufregender Kriminalfall den anderen jagt. Nie wohl war uns dies alte Spiel vom salomonischen Urteil, dies naive Geschehen, so notwendig wie gerade jetzt. Der Nachdichter Klabund, der ja gerade aus dem Gebiet chinesischer Lyrik uns schon viel Schönes und Erbauliches geschenkt hat, gab hier eine Neuschöpfung von ewiger und zeitloser Bedeutung (so wie er sie Elisabeth Bergner zueignete) und doch von höchster Aktualität (wie die Frankfurter Uraufführung — im Beisein des Dichters — erwies).

Ma, ein reicher Mandarin, hat den Vater der schönen, unberührten Tschang-Haitang, der ihm Geld und Zins schuldig war, so sehr in Not gebracht, daß er sich vor dessen Haus erhängte. Frau Tschang muß ihre Tochter dem Teehausbesitzer Tong verkaufen. In dem Teehaus lernt das herrlich erblühte Mädchen, das ebenso anmutig wie geistig hochstehend ist, der kaiserliche Prinz Pao kennen. Das Gespräch beider wird durch Ma gestört, der durch die Wand in das Gemach eindringt und für unendlich viel Geld Tschang-Haitang kauft, die er zu seiner Nebenfrau macht. Sie schenkt ihm einen Sohn — und erregt vor allem dadurch den Zorn, Haß und Neid Yü-peis, Mas Gattin ersten Ranges. Sie vergiftet Ma, der, wie sie weiß, sich mit dem Gedanken der Scheidung von ihr trägt und klagt Tschang-Haitang an, sie habe Ma getötet, außerdem zeiht sie die junge Frau des Kindesraubes. Bestochene Richter und bestochene Zeugen verurteilen die Unschuldige zum Tode. Doch gerade am Ende der Sitzung kommt Nachricht aus Peking, daß der alte Kaiser gestorben sei und der Prinz Pao den Thron bestiegen habe. Dieser entbietet alle Richter und zum Tode Verurteilten nach Peking. Dorthin wird Tschang-Haitang gebracht; der Richter und Yü-pei finden sich ein und der junge Kaiser, der das Teehausmädchen wieder erkennt, bestimmt, daß das Kind in einen Kreidekreis gelegt werde. Die beiden Frauen sollten je rechts und links an den Ärmchen ziehen: die sei die Mutter, die das Kind zu sich ziehen könnte. Tschang-Haitang faßt das Kind ganz zart an, so daß Yü-pei es leicht auf ihre Seite ziehen kann. Daran erkennt der Kaiser, daß Tschang-Haitang die wahre Mutter sein müsse, da sie es vermied, daß dem Kind die Arme ausgerissen wurden. Yü-pei wird verurteilt, sich selbst zu vergiften, den bestochenen Richtern wird das Leben geschenkt; doch werden sie des Amtes entsetzt. Pao aber gesteht Tschang-Haitang, daß er der Vater ihres Kindes sei; denn er habe sich in der Nacht zu ihr gestohlen, in der Ma sie gekauft habe.

Intendant Richard Weichert hatte bei der Inszenierung des Stückes eine entschieden glückliche Hand, wenn er auch ein teilweises Überwuchern des etwas süßlich Lyrischen nicht hindern konnte. Ganz besonders wertvoll wurde seine Arbeit durch Ludwig Sieverts Bühnenbilder unterstützt. Von den Darstellern, die sich in den herzhaften und stürmischen Beifall mit Regisseur und Dichter teilten, soll wenigstens Fritta Brod genannt sein, obwohl es Norbert Schiller und Ban Spanier und fast alle anderen nicht weniger verdienen.

Die Frankfurter Uraufführung war vom Autor als solche bezeichnet; es prangte auf allen Zetteln. **Aber zwei Tage vorher hatte Meißen das Stück schon gespielt. Man muß gegen die Uraufführungsmanie der deutschen Bühnen endlich einmal etwas tun, damit sie nicht zu einer Uraufführungsseuche werde. Ist doch der Fall „Kreidekreis" leider nicht der erste in diesem Spieljahr!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0002

Verlegung der Regierung von Merseburg nach Halle?

Ein Hallisches Blatt meldet:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, betreibt der Regierungspräsident in Merseburg bei den zuständigen Stellen in Berlin mit allem Nachdruck die Verlegung der Regierung nach Halle. Verhandlungen über die Erwerbung eines Bauplatzes für das hier zu errichtende Regierungsgebäude sind bereits eingeleitet. Der **Magistrat der Stadt Halle** steht dem Plane selbstverständlich sympathisch gegenüber. Entscheidend für die Absicht der Verlegung des Regierungssitzes sind vor allem die Erwägungen gewesen, daß **Halle immer mehr zum Mittelpunkt des Wirtschaftslebens Mitteldeutschlands wird und somit auch die gegebene Zentrale für die Verwaltung des Regierungsbezirkes wäre.** In das Merseburger Schloß, das jetzt als Regierungsgebäude dient, würde, falls das Projekt verwirklicht werden sollte, was für unsere Stadt Halle natürlich von großer Bedeutung wäre, ein Provinzialmuseum kommen.

An der Richtigkeit dieser Meldung ist, nach von uns sofort eingezogenen Erkundigungen, nicht zu zweifeln. Es wird tatsächlich erwogen, die Regierung von Merseburg nach Halle zu verlegen.

Wir möchten diesen Bestrebungen **den schärfsten Protest entgegensetzen.** Uns treibt nicht nur lokales Interesse, das bei der Wichtigkeit des Projektes in seinen Auswirkungen im Merseburger Wirtschaftsleben und bei den vielen Banden historischer Erinnerungen, die Stadt und Regierung verbinden, selbstverständlich ist, sondern vor allem sind es auch finanzielle und städtebauliche Gesichtspunkte, die uns zu einer entgegengesetzten Ansicht bringen.

Es kann u. E. gar kein Zweifel daran sein, daß

die Nachteile des Projektes größer sind, als die Vorteile.

Zunächst ist der Erwerb eines großen Grundstückes erforderlich und selbst, wenn die Stadt Halle hierbei erhebliche finanzielle Zubuße leisten würde, so würden Millionen aufzubringen sein, um ein entsprechendes Regierungsgebäude zu errichten. Bei der außerordentlich großen Wohnungsnot, unter der man auch in Halle leidet, müßte der preußische Staat ferner für die rund 300 Beamten (mit ihren Angehörigen, also etwa 1000 Köpfe) Wohnungen bauen. Da es sich vielfach um höhere Beamte handelt, würden die Wohnungen entsprechend groß zu halten sein. Hierfür sind weitere Millionen erforderlich.

Woher aber will der preußische Staat, dessen schlechte finanzielle Lage doch bekannt ist, die nötigen Summen nehmen?

Über diese einmalige finanzielle Belastung hinaus, würde das Projekt dem Staatssäckel eine dauernde Mehrbelastung bringen. Die Stadt Halle befindet sich in einer höheren Besoldungsklasse als Merseburg. Bei dem rapiden Wachstum unserer Nachbarstadt ist damit zu rechnen, daß sie in nicht zu ferner Zeit in die Sonder-Klasse kommt.

Mit dem Grundsatz preußischer Sparsamkeit ist das Bestreben nach Verlegung der Regierung nach Halle also nicht in Einklang zu bringen.

*

Halle steht an der Grenze der 200 000 Seelen-Stadt. Sie ist also eine Großstadt und beginnt die Fragen des heutigen Großstadtproblems zu spüren. Die gleiche Zeitung, die die eingangs wiedergegebene Meldung veröffentlichte, schrieb kürzlich u. a.: „Auch hier in Halle ist das Problem akut. Straßenunfälle sind an der Tagesordnung, ob es sich nun um Zusammenstöße zwischen Fuhrwerken, Kraftwagen, Rädern und Passanten oder um Unglücksfälle ernsterer Art handelt; dazu kommen die Stockungen im Fußgängerverkehr, die sich besonders zu gewissen Tageszeiten und in gewissen Straßenzügen unliebsam bemerkbar machen."

Und Halle steht erst im Anfang! **Heute warnen alle Städtebauer vor weiterer Zentralisation, die ja gerade als Grund für die Verlegung der Regierung angegeben wird.** Stadtbaurat a. D. Bruno Taut schrieb kürzlich in der „Frankf. Ztg.": „Der Leerlauf der in der Großstadt arbeitenden Menschen, ihre unnütz verbrachte Zeit auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeit ist heute schon ungeheuerlich; trotzdem aber immer wieder nur ein weiteres Zusammenballen: „Nach uns die Sintflut".

*

Wenn es sich bestätigt, daß für die Absicht der Verlegung des Regierungssitzes entscheidend gewesen ist, daß „Halle immer mehr zum Mittelpunkt des Wirtschaftslebens Mitteldeutschlands wird", so weisen wir darauf hin, daß zwischen Halle und Merseburg **nur eine Entfernung von 14 Kilometern liegt,** während z. B. in Berlin oft ein Mehrfaches dieser Entfernung bei sich notwendig machenden Besprechungen mit Behörden zurückzulegen ist.

Daß die Frage der Verlegung der Regierung überhaupt akut wurde, ist lediglich eine Folge der in Merseburg nicht rechtzeitig erkannten Wichtigkeit der Verkehrsfragen. Man hat sich hier von der Bahn stiefmütterlich behandeln lassen. Eine Stadt von der Bedeutung Merseburgs blieb jahrelang ohne Anschluß an den D-Zugverkehr. Und selbst heute gibt es in der Geschäftswelt noch Unbelehrbare, die der Hebung des Verkehrs durch Schaffung neuer Verkehrslinien verständnislos gegenüberstehen.

Heute sind wir — dank dem rastlosen Vorwärtstreiben des zu neuem Leben erwachten Verkehrsvereins — endlich wieder soweit, daß wir neue **wertvolle Verbesserungen im D-Zugverkehr** zu erwarten haben. Es wird ferner die dringlichste Aufgabe sein, Triebwagen für den **Verkehr zwischen Halle und Merseburg** zu erhalten, damit eine jederzeitige schnelle Verbindung mit dem Mittelpunkt des Wirtschaftslebens Mitteldeutschlands gegeben ist.

Damit entfällt der letzte Grund, mit dem in einem Jahrhunderte geschichtlich gewordenen Zustande zu brechen und durch Verlegung der Regierung der Stadt Merseburg schwersten wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Gm.

Merseburg und Umgegend.

8. Januar.

Schulbeginn.

Heute öffnet sich das Schultor nach Neujahr wieder und die Kinder hofften doch, es möchte übers Fest einrosten und einfrieren. Man sitzt wieder in der Bank bei den Büchern und lernt und lauscht auf den Vortrag des Lehrers. Das strengstte Vierteljahr liegt vor den Schülern. Jetzt muß es sich entscheiden, ob sie zu Ostern versetzt werden oder nicht. Wer hier und da in den einzelnen Fächern noch Lücken hat, der kann sie noch nachholen mit eisernem Fleiß. Ja, Fleiß tut no! Lieber zu Haus bei den Schularbeiten sitzen und nachholen oder vorbereiten, als draußen in dem Regenwetter herumlaufen. Ein guter Winter mit Schneeballschlachten und Schlittschuhlaufen winkt der Jugend heuer ja so wie so nicht, es gibt nichts, was locken könnte, zu schwenzen und zu faullenzen. Darum hurtig, hinter die Bücher gesetzt. Die Buben und Mädchen haben auch wirklich alle Ursache, fleißig zu sein, nachdem ihnen Weihnachten soviel von den Eltern beschert ist, Spielwerk und Zuckerzeug, alles was ihr Herz begehrte. Nun sollten sie recht brav sein, ihren Eltern Freude machen und zu Ostern eine gute Zensur heimbringen, auf der in großen Zügen von des Lehrers Hand geschrieben steht: Versetzt. Dann wird ihnen auch der Himmel eine rechte Freude machen und ihnen einen schönen Frühling bescheren mit Knospen und Blüten, mit Sonnenschein und Vogelsingen. Bedenkt euch nicht lang, die Zeit ist kurz. Noch im März ist Ostern, kaum mehr als Januar und Februar bleibt für die Arbeit. Mutig, drauf und dran!

*

Die Neugestaltung des Irrgartens.

Der Platz für das Krieger-Ehrenmal.

Aus den Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung:

Der Ausschuß zur Errichtung eines allgemeinen Kriegerehrenzeichens zum Gedächtnis an die im Weltkriege gefallenen Mitbürger beabsichtigt, auf dem Gelände des Irrgartens ein Denkzeichen zu errichten. Es ist deshalb notwendig, sich jetzt schon einen Plan zu machen, wie das ganze Gelände später städtebaulich einwandfrei in den Bebauungsplan übernommen werden soll. Die zurzeit vorhandenen Wege und Straßengrenzen sind aus den freien Feldwegen entstanden und dienten lediglich Verkehrszwecken, ohne auf städtebaulich richtige Führung und architektonisch einwandfreie Ausgestaltung der Bebauung Rücksicht zu nehmen.

Es ist deshalb erforderlich, einen **neuen Bebauungsplan für das ganze Gelände** zu schaffen, der eine bessere Führung der Wege und eine architektonisch einwandfreie Ausgestaltung der ganzen Fläche und der jetzt vorhandenen Abhänge und Rampen erzielen soll. Andererseits erfordert das geplante Denkzeichen, daß nach dem Entwurf eines hervorragenden Künstlers auf Grund eines engeren Wettbewerbes ausgeführt werden soll, **eine würdige architektonische und landschaftliche Umrahmung.** Die im Hintergrund befindliche Sixtiruine, die mit Sicherheit einmal zu einem Saalbau in der Art, wie der seinerzeitige Vorschlag der Bauverwaltung plante, ausgebaut wird, muß durch die vorliegende, städtebaulich gut **ausgebildeten Terrassenanlagen** mit den geplanten Anbauten einen einwandfreien architektonischen Hintergrund für das Denkmal abgeben. Es ist dabei gedacht, die Front der Sixtiruine durch ein breit vorgelagertes Gebäude auf dem Berge an der Stelle des jetzigen Kiefernwäldchens zu einer monumental breitgelagerten Gebäudemasse zu verlängern. Der Irrgarten selbst soll eine nahezu quadratische Form erhalten und gegen die Weißenfelser Straße **mit einem Monumentalbau irgendwelcher Art, z. B. Ausstellungsgebäude, Kunsthalle, Museum oder dergl. abgeschlossen werden.**

Auf der Mitte des umgestalteten Irrgartens ist die Aufstellung des vom Ausschuß geplanten Kriegerdenkzeichens vorgesehen.

Das Denkmal liegt hier einerseits fast im Brennpunkt der Stadt, an einer Stelle, die in der Entwicklung Merseburgs von jeher besonders genannt wird. Im Hintergrund die Sixtiruine, im Süden der Friedhof, der in einigen Jahren sicher als öffentliche Parkfläche ausgewiesen wird, im Westen von der Verkehrsstraße durch die projektierten Monumentalgebäude vom Verkehr abgeschlossen.

*

Finanzierung der Notstandsarbeiten.

Die städtischen Körperschaften haben für Prämien als Zuschläge bei Notstandsarbeiten durch die Beschlüsse vom 19. August und 8. Sept. 1924 — 2000 Goldmark zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind jetzt erschöpft. Um die begonnenen Notstandsarbeiten weiterhin durchführen zu können und den Erwerbslosen, wie bisher, Gelegenheit zu geben, ihre Einkünfte aus der Erwerbslosenfürsorge durch die Prämien für die Mehrarbeit zu erhöhen, sollen nunmehr **nochmals 2000 Goldmark** bereitgestellt werden. Die Deckung soll, wie in den früheren Fällen, aus der wertbeständigen Anleihe erfolgen, wo die Mittel noch vorhanden sind.

*

Verschärfung der Lieferungsbedingungen für Gas, Wasser und Strom.

Die in letzter Zeit stark überhandnehmenden Diebstähle an Gas, Wasser und elektrischer Arbeit machen es erforderlich, daß die Verwaltung der städtischen Werke bereits von sich aus, ohne erst den Ausgang eines strafrechtlichen Verfahrens abwarten zu müssen, die Täter zu einer Buße heranzieht. Die bisherige Bestimmung über Vertragsstrafen und Lieferungsbedingungen gibt dazu nicht die genügende Handhabe. Es ist deshalb erforderlich, sie in einem Nachtrage zu erweitern. Die Verwaltung der städtischen Werke hat dann die Möglichkeit, jeden Täter, der sich eine Verletzung der vom Gaswerk angelegten Plombenverschlüsse sowie widerrechtlicher Entziehung jeder Art von Gas, aus den Leitungen (z. B. durch Umgehung der Meßapparate) zuschulden kommen läßt, sofort mit einer Vertragsstrafe bis zum Betrage von 300 Mark zu belegen, was zur Verhütung von Diebstählen hoffentlich mit beitragen wird. Die Bedingungen für Wasser und Strom sind gleichfalls entsprechend zu ändern.

*

*** **Personalnotiz.** Im Regierungskollegium wurde heute mittag 12 Uhr der bisherige Vizepräsident, Ober-Reg.-Rat Coßmann, in feierlicher Weise durch den Herrn Regierungspräsidenten verabschiedet. Wie wir bereits meldeten, ist Ober-Regierungsrat Coßmann als Vizepräsident an die Regierung in Düsseldorf berufen.

** **Zur Förderung der mitteldeutschen Kanalprojekte.** Wie verlautet, wird am 15. Januar in Dessau eine gemeinschaftliche Sitzung der Vereinigungen für die Saalekanalisierung und den Elster-Saalekanal stattfinden. Die Interessentenkreise dürften sich hier nachdrücklichst gegen die Absicht wenden, den Mittellandkanal nur in Richtung von Magdeburg nach Hannover hin zu bauen, ohne daß gleichzeitig die Kanalisierung der Saale erfolgt und die Verbindungskanäle nach Leipzig und Leopoldshall geschaffen werden.

** **Bildungskurse für Standesbeamte.** Für den Regierungsbezirk Merseburg sind Bildungskurse für Standesbeamte und Stellvertreter eingerichtet worden. Als Vortragender ist der Oberlandesgerichtsdirektor a. D. Geheimer Justizrat Radlauer gewonnen. Die Kurse finden in Halle statt und erstrecken sich in 6 Vorträgen auf: 1. das Namensrecht, 2. die Zuständigkeit des preußischen Standesbeamten in bezug auf Legitimation, Namenserteilung, Adoption und § 1577 des B.G.B., 3. das Eherecht, 4. das internationale Eheschließungsrecht, 5. das Personenstands- und Familienrecht und 6. die Staatsangehörigkeit. — Hieraus ist klar, daß der Standesbeamte auf einem großen Gebiete des Rechts bewandert sein muß und keineswegs bloß als Urkundsbeamter die ihm entgegengebrachten Anzeigen niederzuschreiben hat. Nur einem mit der wahren Rechtslage unbekannten Laien erscheint die Tätigkeit der Standesbeamten als eine handwerksmäßige, die auch ein Schreiber erledigen könnte. Von dem Jahre 1874 lagen, von der Rheinprovinz abgesehen, die heutigen Standesamtsgeschäfte in den Händen der Pfarrer und Richter, und heute stehen die Standesbeamten für manche Amtshandlungen in der Zuständigkeit den Amtsgerichten und den Notaren gleich (§ 167 Reichsgesetz und der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Artikel 68 Ausführungsgesetz zum B.G.B.). — Die Kurse haben am 7. d. Mts. begonnen.

** **Mietschutzfragen.** In Mietschutzsachen hat das Kammergericht zwei bemerkenswerte Rechtsentscheide getroffen. Bei Geschäftsräumen kann die Erlaubnis des Vermieters, den Gebrauch des Raumes einem Dritten zu überlassen, insbesondere ihn unterzumieten, nicht durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden. Dann kann sich die Gemeinde darauf beschränken, dem Verfügungsberechtigten nur einen Wohnungsuchenden zu bezeichnen, wenn nur ein Wohnungsuchender innerhalb der Gemeinde für die beanspruchte Wohnung überhaupt in Frage kommt oder dieser zu den Personen gehört, die bei Zuteilung einer Wohnung von den Gemeinden vorzugsweise zu berücksichtigen sind und er der einzige Wohnungsuchende dieser Art in der Gemeinde überhaupt oder für eine Wohnung der Art und Größe der verfügbaren ist.

** **Vergünstigungen für Lehrer.** Die Meldungen zur Prüfung für die endgültige Anstellung als Volksschullehrer und zum Abschluß in den Arbeitsgemeinschaften durften in diesem Jahre den Kreisschulräten oder den Verwaltungsausschüssen bis zum 15. Februar und zum 15. August vorgelegt werden. Lehrer, deren zeitweiliges Ausscheiden oder Versetzung zum 1. April und zum 1. Oktober in Aussicht stand, konnten ihre Prüfungen noch vor Schluß des Schuljahres und im September ablegen. Diese Vergünstigung wurde auch den Lehrern zugebilligt, die die zweijährige Dienstzeit erst am 31. März und 30. September vollenden oder die zweijährige Teilnahme an einer Arbeitsgemeinschaft dann erst nachweisen konnten. Da die Schwierigkeiten weiter bestehen, gelten diese Bestimmungen auch im nächsten Jahre.

** **Abgabe des staatlichen Maul- und Klauenseuche-Serums nach Loeffler.** Die Landwirtschaftskammer in Halle gibt erneut bekannt, daß das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ihrem Bakteriologischen Institut in Halle, Freiimfelder Straße 68, Fernruf 6867 und 5129, den Vertrieb des staatlichen Maul- und Klauenseuche-Serums nach Loeffler innerhalb der Provinz Sachsen und Anhalts übertragen hat. Das sogen. Loefflerserum stammt von Tieren, deren Schutzstoffe im Blute durch Einspritzung von steigenden Mengen Maul- und Klauenseuchelymphe künstlich auf das Vielfache erhöht worden sind. Es entwickelt daher eine große Schutz- und Heilkraft, ist außerdem von größter Reinheit und völlig unschädlich. Das Serum ist in neuerer Zeit fast ausschließlich in bereits verseuchten Beständen zu Heil- und Notimpfungen verwendet worden und hat sich hierbei als überaus brauchbar erwiesen. Die Heilwirkung ist am größten, wenn das Serum zu Beginn der Erkrankung der Tiere, also im fieberhaften Stadium und kurz nach dem allgemeinen Aufbruch der Blasen (Aphthen) eingespritzt wird. Dadurch wird erreicht, daß die Durchseuchung eines Rinderbestandes in der kürzesten Zeit vor sich geht. Die Kosten der Impfung werden mithin schon allein durch die Verkürzung des Seuchenganges eingebracht und Verluste durch Verenden und Milchausfall gänzlich vermieden. Bestellungen sind unter Angabe der Zahl der bereits erkrankten und der noch nicht fiebernden Tiere eines verseuchten Bestandes, des Durchschnittsgewichts der beiden Gruppen und der Adresse des behandelnden Tierarztes an das Bakteriologische Institut zu richten.

** **Vorsicht beim Verbrennen der Christbäume.** Den geplünderten Christbaum darf man nur vorsichtig im Ofen verbrennen, sonst geschehen heftige Explosionen, durch die der Ofen stark beschädigt werden kann. Schon an kleinen Ästen des Baumes kann man die Beobachtung machen, daß sie schnell unter lautem Knistern verbrennen. Steckt man größere Zweige und viele auf einmal in den Ofen, so geht die Verbrennung mit solcher Gewalt vor sich, daß ihr selbst ein gut gebauter Ofen kaum standzuhalten vermag. Die Ursache der Explosionsgefahr beim Verbrennen größerer Mengen trockener Tannennadeln liegt in dem beträchtlichen Gehalt der Nadeln an Harz, das seinerseits wieder große Mengen von Kohlenwasserstoff birgt. Beim Erhitzen oder Verbrennen der Nadeln verbindet sich der aus dem Harz entweichende Kohlenwasserstoff mit dem im Ofeninnern befindlichen Sauerstoff und aus dieser Verbindung entstehen dann Gase, die bei stärkerer Anhäufung leicht explodieren. Will man daher den Christbaum im Ofen oder Herd verbrennen, so verbrenne man seine einzelnen Teile nur nach und nach und schiebe immer erst neues Astwerk nach, wenn das alte bereits abgebrannt ist.

** **Aufnahme der Reisenden und Wagen.** Eine Zählung der Reisenden und Plätze in den Schnellzügen findet in diesem Jahre in jedem Monat am 2. Mittwoch in der bisherigen Weise statt. Bei Zügen, die eine Besetzung unter 50 Prozent haben, wird die schwache Besetzung besonders begründet. Auch die Personen- und Gepäckwagen werden am 13. und 16. Januar von neuem aufgenommen. Es gilt dies für sämtliche regelspurige Personen- und Gepäckwagen, auch der Güterzuggepäckwagen, die Speise-, Schlaf-, Salon-, Beute-, Personen- und fremde Wagen.

** **Das unbefugte Tragen militärischer Uniformstücke.** Aus einer allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers teilt der amtliche preußische Pressedienst mit: Nach zuverlässigen Mitteilungen häufen sich die Fälle, in denen Personen unbefugt Uniformen oder uniformähnliche Bekleidungs- oder Ausstattungsstücke tragen. Im Interesse des Ansehens der Wehrmacht des Reiches ist es geboten, diesem Mißbrauch nachdrücklich entgegenzutreten. Für die Strafsolgebehörden bietet die Handhabe zum Einschreiten in erster Linie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921. Durch sie wird für denjenigen, der unbefugt eine Militäruniform trägt, an Stelle der in § 361 Ziffer 8 St.-G.-B. vorgesehenen Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat angedroht. Inwieweit danach bereits das Tragen einzelner Uniformen oder uniformähnlicher Stücke strafbar ist, kann im Einzelfall zweifelhaft sein. Nach der herrschenden Meinung wird die Strafbarkeit dann anzunehmen sein, wenn der Gesamteindruck der Kleidung die Gefahr einer Verwechselung bei Personen begründet, die die einzelnen Bestandteile der Uniformen nicht genau kennen.

** **Lotterie der Deutschen Bücherei in Leipzig.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Bekanntmachung des Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, ist der Deutschen Bücherei des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig die Erlaubnis erteilt worden, von den Losen der durch das sächsische Ministerium des Innern im Freistaat Sachsen mit einem Gesamtkapital von 300 000 Reichsmark zugelassenen Bücherlotterie 100 000 Stück zum Preise von 1,50 Reichsmark im ganzen preußischen Staatsgebiet durch den Buchhandel ohne Inanspruchnahme des allgemeinen Losehandels zu vertreiben. Die Ziehung soll am 29. April d. Js. in der Deutschen Bücherei zu Leipzig, zu deren Gunsten sie erfolgt, stattfinden. Von einer polizeilichen Abstempelung der in Preußen zugelassenen Lose ist ausnahmsweise abgesehen worden.

** **Vorläufige Aufhebung einiger Luftposten.** Mit Ablauf des Dezember werden die Luftposten Berlin—Danzig—Königsberg (Pr.), Berlin—Amsterdam—London und Frankfurt (Main)—München—Wien—Budapest bis auf weiteres eingestellt. Es verkehren weiter die Luftposten: 1. Köln—London, ab Köln werktäglich 9,30, an London 2,15, zurück ab London 9,30, an Köln 2,00 Uhr (westeuropäische Zeit). 2. Berlin—Dresden, ab Berlin werktäglich 12,30, an Dresden 1,50, zurück ab Dresden 8,15, an Berlin 9,35 Uhr.

** **Gebühren vor dem Reichsschiedsamt.** In dem Verfahren vor dem Reichsschiedsamte werden nach einer Verordnung des Reichsversicherungsamtes Gebühren von 100 bis 1000 Mark erhoben, ohne mündliche Verhandlung mindestens 50 Mark. Wird die Berufung vor der ersten Verhandlung zurückgenommen, so wird keine Gebühr verlangt. Erfolgt nach Verhandlung Berufung oder Vergleich, so bestimmt das Amt, welcher Partei eine Gebühr auferlegt wird. Das Amt kann von der Einziehung absehen, wenn die Kosten oder Weiterungen in keinem Verhältnis zu der Einnahme stehen.

** **Sonderzug nach dem Südharz.** Wie die hiesige Reichsbahndirektion mitteilt verkehrt der Sonderzug nach dem Südharz (Stolberg —St. Andreasberg) am Sonntag, den 11. d. M., bestimmt. Die Fahrkarten zu diesem Sonderzuge müssen möglichst umgehend gelöst werden. Nach den letzten Meldungen herrscht sowohl in Andreasberg wie in Braunlage zur Zeit Schneefall. In Andreasberg zeigt das Thermometer 3 Grad Kälte. In 700 Meter Höhe liegt dort eine 10 Zentimeter hohe Schneedecke. In Braunlage herrscht 10 Grad Kälte. Die Sportaussichten sind günstig.

*** **Generalversammlung des Reichsbundes der K.K.K., Ortsgruppe Merseburg,** am 5. Juli im „Tivoli". Die Versammlung wurde durch den 1. Vorsitzenden Kamerad Weber eröffnet. Nachdem die Tagesordnung mit der Ehrung der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder eröffnet war, erstattete Kamerad Horn den Jahresbericht über Mitgliederbewegung und die für die Mitglieder geleistete Arbeit des vergangenen Jahres. Kamerad Weber berichtete über das Weihnachtsfest und die Verwendung der gesammelten Gelder und Geschenke und dankte nochmals den freundlichen Gebern aus der Bürgerschaft und dem Stadtrat Dr. Trumpler sowie den Leitern der städtischen Fürsorgestelle für das Zustandekommen der Weihnachtsbescherung. Der Kassierer Kamerad Binder gab den Kassenbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt und von dem 1. Vorsitzenden der Dank ausgesprochen für seine rührige Tätigkeit. Auch die schwierige Arbeit der Unterkassierer wurde in gebührender Weise gewürdigt. Die Wahlen ergeben: Kam. Weber 1. Vorsitzender, Hinterbliebene Bauer 2. Vorsitzender, Kam. Binder Kassierer, Hinterbliebene Angerstein und Käppel als Schriftführer. Mit dem Wunsche eines guten Zusammenarbeitens im laufenden Jahre wurde die Versammlung geschlossen. Der monatliche Beitrag wurde auf 0,50 Mk. festgesetzt.

*** **Eine seltene Kaufgelegenheit,** die sobald nicht wiederkehren wird, bot sich unseren Hausfrauen gestern auf dem hiesigen Wochenmarkt. Ein auswärtiger Händler, der anscheinend ein Glas über den Durst getrunken hatte, bot 50 Stück gute Apfelsinen zum Preise von 25 Pfennigen an und fand für seine Ware natürlich reißenden Absatz. Wie wir hören, ist er diese völlig los geworden...

** **Volkszählung 1925.** Wie die Zeitschrift für Landgemeinden im Statistischen Reichsamt erfährt, sind dort Vorarbeiten im Gange für eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die voraussichtlich am 14. Juni 1925 stattfinden wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0003
DFG

*** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am kommenden Montag im alten Rathause statt. Es haben zunächst die Wahl des Büros und einiger Kommissionen stattzufinden. Eine längere Debatte dürfte der Magistratsbeschluß bezüglich der Kosten für den Sanddurchbruch verursachen. Weitere wichtige Punkte sind die Genehmigung eines neuen Fluchtlinienplanes für das Gelände an der Ecke Hallische Straße—Lauchstädter Straße, der Aufschließungsplan des Irrgartens (Platz für das Kriegerehrenmal), Nachtrag zu den Abgabebedingungen der städtischen Werke und Bereitstellung von Mitteln zu kleinen Notstandsarbeiten. Wie wir erfahren, wünscht ein Stadtverordneter aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederzulegen. Es handelt sich um ein Mitglied der Kommunistischen Fraktion.

*** **Merseburg im Film.** Wie aus einer Anzeige in der heutigen Nummer hervorgeht, beabsichtigt die Courier-Film-G.m.b.H., einen Stadtfilm Merseburg herzustellen. Hoffentlich geschehen die Aufnahmen in Verbindung mit heimatkundlichen Persönlichkeiten, damit ein gutes Werk entsteht, das unsere Stadt würdig wiedergibt.

** **Der Verein zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg und Umgegend** hielt am Mittwoch abend im Neuen Schützenhaus seine Hauptversammlung ab. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung führte Kaufmann Bretschneider einen Apparat vor, der sich zum Reinigen der Hühnerställe von allerhand Ungeziefer, das sich dort sehr leicht einnistet und das Geflügel belästigt, vorzüglich eignet. Der Apparat ist bei dem Genannten jederzeit käuflich zu haben. Im Anschluß hieran berichtete der Vorsitzende, Katastersekretär Meyer, über einige geschäftliche Angelegenheiten und erstattete sodann einen kurzen Jahresbericht, der den Zuhörern die Tätigkeit des Vereins und seine Erfolge im verflossenen Jahre vorführte. Ganz besonders hob derselbe die Anschaffung neuer Käfige hervor, deren spätere Vermehrung den Verein bei seinen alljährlichen Ausstellungen von anderen Vereinen unabhängig machen soll. Die im Dezember v. J. hier abgehaltene Provinzialverbands-Geflügelausstellung hat in Züchterkreisen einen sehr guten Eindruck hinterlassen und den Namen des hiesigen ausführenden Vereins zu Ehren gebracht. Über das finanzielle Ergebnis der Ausstellung meldete Techniker Groß, daß die Einnahmen sich auf 3750,65 Mark, die Ausgaben auf 3704,78 Mark beliefen, so daß ein Überschuß von 45,87 Mark verblieb. Die Zahl der Besucher betrug 1100. Weniger günstig schließt die Vereinskasse ab. Der Kassenführer, Oberpostsekretär Pietzner, berichtete von einem kleinen Defizit, das zum größten Teil durch rückständige Vereinsbeiträge entstanden ist. Auf Antrag des Vorsitzenden wurden für Ausstellungen in Halle, Neu-Rössen und Langensalza Ehrenpreise bewilligt. Die Vorstandswahl, die sich diesmal unter Zustimmung der Versammlung mit Rücksicht auf die im letzten Jahre eingetretenen Personalveränderungen auf den gesamten Vorstand erstreckte, ergab folgendes Resultat: Katastersekretär Meyer 1. Vorsitzender, Bäckermeister Lange Stellvertreter, Oberinspektor Zimmermann 1. Schriftführer, Gelbgießer Teubert Stellv., Oberpostsekretär Pietzner 1. Kassierer, Techniker Groß Stellv., Bäckermeister Kurthaus 1. Materialienverwalter, Spediteur Benemann Stellv. Als Beisitzer wurden gewählt die Mitglieder Reinsberger-Schkopau, Bäckermeister Nohle und Postassistent Rößner. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. Weiterhin wurde das Eintrittsgeld auf 10 Mk., der jährliche Mitgliedsbeitrag auf 6 Mk. festgesetzt. Am 8. November d. J. wird der Verein eine Junggeflügelschau abhalten. Zum Zweck der Aufstellung einer Liste für die Landwirtschaftskammer ersucht der Vorsitzende diejenigen Mitglieder, welche Bruteier oder Junggeflügel zu verkaufen gedenken, ihre Adressen bis zum 20. d. M. an ihn gelangen zu lassen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

*** **Vom Stadttheater Halle.** Maria Günzel-Dworski scheidet mit Ablauf der Spielzeit aus dem Verbande des Stadttheaters auf eigenen Wunsch aus. Die nächste Stätte ihres Wirkens wird Leipzig sein. Desgleichen scheidet Georg Haupt, der Stadttheaterkapellmeister für Operette und Spieloper, aus dem Stadttheaterverbande aus. Als nächste Neueinstudierungen kommen heraus: die Opern „Zar und Zimmermann“ (Kapellmeister Haupt), „Hans Heiling“ von Marschner (Generalmusikdirektor Erich Band) und „Hoffmanns Erzählungen“ (Kapellmeister Volkmann); die Schauspiele „Wer weint um Juckenack“ von Rehfisch, „Der verlorene Sohn“ von Schmidt-Bonn und „Mutterlegende“ von Unger.

Fortbildungszuschüsse an Schulamtsbewerber.

Es dürfte in weiten Kreisen bekannt sein, wie groß die Not der Junglehrer ist. Zehntausende warten jahrelang auf Anstellung und fristen inzwischen meist ein kümmerliches Dasein. Manche haben einen neuen Beruf ergriffen, in dem sie sich einarbeiten und wohlfühlen. Gerade die besten Kräfte gehen auf diese Weise der Schule verloren, und es bestand tatsächlich die Gefahr, daß es in einigen Jahren an geeigneten Kräften fehlt, um den nötigen Bedarf an Lehrern in den Volksschulen zu decken, zumal die Seminare fast gänzlich abgebaut sind und über die künftige Lehrerbildung noch keine Klarheit herrscht. Das Preußische Staatsministerium hat sich deshalb entschlossen, solchen noch nicht im Schuldienst beschäftigten Schulamtsbewerbern, die voraussichtlich im Laufe des nächsten Schuljahres mit einer dauernden Einberufung in den öffentlichen Schuldienst rechnen können, Fortbildungszuschüsse zu gewähren. Der Ausdruck „Unterhaltszuschüsse“ wird ausdrücklich abgelehnt, da der Zweck der Zuschüsse ausschließlich sein soll, die Junglehrer in Verbindung mit der Schule zu erhalten. Aus diesem Grunde muß sich auch der Bewerber schriftlich verpflichten, die ihm gewährten Fortbildungszuschüsse zurückzuzahlen, falls er nicht in den öffentlichen Schuldienst eintritt oder wenigstens drei Jahre darin verbleibt. Es kommt eine Anzahl in Frage, die etwa 3 Prozent der vorhandenen Schulstellen gleichkommt. Die Bewerber sind verpflichtet, an Fortbildungseinrichtungen teilzunehmen, entsprechend den von der Schulaufsichtsbehörde erlassenen Weisungen und müssen für vorübergehende Vertretungen zur Verfügung stehen. Der Zuschuß beträgt im allgemeinen 300—500 Mark jährlich, kann aber bei besonders schwieriger wirtschaftlicher Lage ausnahmsweise bis auf 900 Mark erhöht werden.

Diese Maßnahme wird, wenn sie auch als durchaus nicht ausreichend angesehen wird, im allgemeinen von den Lehrer-Organisationen begrüßt, weil damit die Zeit des tatenlosen Zusehens abgebrochen (die bisher gewährten Unterhaltszuschüsse waren minimal) und der Anfang einer praktischen Junglehrerhilfe gemacht ist. Und zwar ist das Interesse an der Schule und an der Jugend maßgebend gewesen. Kein Freund der Schule und kein Schulmann konnte sich auf die Dauer der Einsicht verschließen, wie bedenklich es ist, junge Lehrer, die, ohne das in ihrer Ausbildung erworbene Wissen und Können befestigt zu haben, nach jahrelanger berufsfremder Tätigkeit unvermittelt an die Schule zu stellen und mit der vollen Verantwortung für eine Klasse zu belasten. Ebenso wird es begrüßt, daß die aktive Lehrerschaft einen nicht unwesentlichen Teil der Durchführung anvertraut erhält, Anhörung des Bezirkslehrerrats bei Aufstellung der Listen, Hospitieren. Bekämpft wird in dem Erlasse, besonders von der Junglehrerschaft selbst, daß das bisher von der Regierung verfolgte Prinzip bei der Anstellungsreihenfolge, „Anstellung nach dem Normalprüfungstermin“, also der Dauer der Wartezeit, durchbrochen wird. Es heißt nämlich ausdrücklich: Die Auswahl der Schulamtsbewerber für die Liste . . . erfolgt nicht ausschließlich nach dem Prüfungsalter, besonders ist auf Tüchtigkeit und Eignung der Bewerber Wert zu legen. Es ist daher auch gestattet, hervorragend tüchtige Schulamtsbewerber aus jüngeren Prüfungsjahrgängen zu berücksichtigen. Man sagt, daß diese Regelung nicht gerecht und sozial sei und bezweifelt, daß das Seminarentlassungszeugnis die Gewähr bietet, alleiniger Maßstab für die Schularbeit und das Leben zu sein. Andererseits befähigt das Reifezeugnis alle, die es besitzen, für die Einstellung in den Schuldienst. — Somit zeigen sich am Anfang des Jahres Ansätze zu einer Wendung der Lage der Junglehrerschaft, die sich ausbauen und ausweiten lassen, bis schließlich auch auf diesem Gebiete wieder normale, gesunde Verhältnisse eintreten. Gg.

*

Neuordnung des Schiedsmannswesen.

Durch die Verordnung vom 12. März v. J. und durch das Gesetz vom 3. Dezember v. J. ist die Schiedsmannsordnung erheblich umgestaltet worden. Hierzu werden soeben von den beteiligten Ministerien die Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben. Die Neuordnung geht zurück auf die Reichsverordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924, durch die der Kreis der Vergehen, bei denen ein Sühneversuch vor Erhebung der Privatklage notwendig ist, eine erhebliche Erweiterung erfahren hat und der Sühneversuch auch für den Fall vorgeschrieben ist, daß die Parteien nicht in demselben Gemeindebezirk wohnen. Um der Flucht vor dem Schiedsmann entgegenzuwirken, ist der Erscheinungszwang für den Beschuldigten eingeführt worden. Es ist nicht mehr in das freie Belieben des Beschuldigten gestellt, ob er sich zur Sühneverhandlung einfinden will; er muß sich vielmehr bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe zur Sühneverhandlung stellen, falls nicht triftige Gründe sein Erscheinen unmöglich machen. Um die erheblichen Aufwendungen, die den Gemeinden aus dem Schiedsmannsamt erwachsen, zu verringern, sind mäßige Gebühren eingeführt worden, die von den Parteien für das Verfahren vor dem Schiedsmann zu zahlen sind. Diese Gebühren fließen zu einem Teil an die Gemeinde, zu einem Teil an den Schiedsmann selbst.

*

Kehren die Goldstücke wieder?

Nach § 2 des neuen Münzgesetzes vom 30. August 1924 sollen als Goldmünzen Stücke über 20 und 10 Reichsmark ausgeprägt werden, und zwar aus 1 Kilogramm 139½ Stücke über 20 oder 279 Stücke über 10 Reichsmark. Das Mischungsverhältnis soll 900 Teile Gold und 100 Teile Kupfer betragen. Gewicht und Mischungsverhältnis entspricht genau demjenigen der alten Goldmünzen. Bis jetzt sind, wie wir hören, noch keine Stücke ausgeprägt worden; über die Gestalt der Münzen, die nach dem Münzgesetz vom Reichsminister der Finanzen bestimmt wird, schweben bereits Verhandlungen, aber selbst hierüber sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Die früheren Goldmünzen können natürlich schon jetzt in Verkehr gesetzt werden, und das neue Münzgesetz sagt (§ 4) ausdrücklich, daß bis auf weiteres auch die auf Grund der betreffenden Gesetze vom 4. Dezember 1871, 9. Juli 1873 und 1. Juni 1909 ausgeprägten Goldmünzen als Reichsgoldmünzen gelten sollen. Es wird zweifellos noch recht geraume Zeit vergehen, bis an eine Ausprägung neuer Goldmünzen herangegangen werden kann. Die Meldung, daß die Reichsbank in letzter Zeit aus alten Goldbeständen 20-Markstücke in Umlauf gesetzt hat, entbehrt der Begründung.

*

Von der Volkshochschule Halle.

Der neue Arbeitsplan.

Am Montag, den 12. Januar, beginnt ein neues Trimester der Volkshochschule. Da in Merseburg vielfach Interesse dafür besteht, geben wir folgendes aus dem Arbeitsprogramm wieder:

In der Abteilung „Philosophie, Religion“, werden Prof. Menzer über Bruno, Descartes, Spinoza, Leibnitz, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Ziehen über „Kunst der Primitiven und des Kindes“ (mit Lichtbildern), Geh. Konf.-Rat Univ.-Prof. D. Lütgert über „Mystik“ vortragen. Die literarischen und künstlerischen Ankündigungen versprechen ganz besondere Anregungen. In einer literarischen Reihe, die 5 Abende umfaßt, werden auswärtige und einheimische Dozenten über verschiedene Dichter, über Kunst- und Weltanschauungsfragen reden: Prof. Dr. Brüggemann-Aachen (Literatur des 18. Jahrhunderts), Lektor Dr. Gustav Manz-Berlin (Emil Gött), Prof. Dr. Brehner (Fritz Reuter), Prof. Dr. Schneider (G. A. Bürger). Außerdem haben Privatdozent Dr. Liepe eine Vortragsreihe „Der reife Schiller“ und Fräulein Privatdozent Dr. Heimann „Rabindranath Tagore, Stellung in der indischen Literatur“ angezeigt. Musik, bildende Kunst, Zeichenübungen werden diesmal durch Dr. Viol (Schuberts Lieder), Univ.-Lektor und Kunstmaler Fischer-Lamburg (Technik der Malerei und Zeichenübungen), Studienrat Dr. Rühlemann (Italien) vertreten. In praktischen Übungen wird die Gymnastiklehrerin Erna Wolf mit der rhythmischen Gymnastik (Schule Loheland), bekannt machen.

Vorträge aus dem Gebiete der Geschichte des Rechts der Staatswissenschaft werden halten: Geh. Justizrat Prof. Dr. Finger und Prof. Dr. Brodnitz, über „Reichsgründung, Reichseinheit, Reichsflagge“ wird Schulrat Kotze, über „die drohende Amerikanisierung Deutschlands“ Schriftsteller Breitrück sprechen. Sehr interessant sind auch die Ankündigungen unter Naturwissenschaften, Medizin, Technik. Den Beschluß der 30 Vortragsreihen bilden die Sprach- und Unterrichtskurse im Englischen, im lateinischen, im Rechnen, in der Kurzschrift und in Deutsch.

Ein ausführlicher Arbeitsplan ist unentgeltlich in den Buchhandlungen und Verkaufsstellen zu haben.

*

Eine geschäftliche Unsitte.

Während der Groß- und Kleinhandel aller Branchen in der heutigen Zeit außerordentlich schwer unter der augenblicklichen Geldknappheit und der Kaufunlust der Bevölkerung zu leiden hat scheint der Weizen der Hausierer und Straßenhändler geradezu üppig zu blühen. Täglich kann man es erleben, daß mehrere derartige Händler in den Häusern von Wohnung zu Wohnung gehen und die einzelnen Bewohner mit der Anpreisung von Waren belästigen. Die Zahl dieser fliegenden Händler ist in letzter Zeit so groß geworden, daß sie geradezu eine Landplage bilden.

Wenn im allgemeinen von Hausierern auch wenig gekauft wird, so gibt es doch noch genug Unvorsichtige, die sich von den vielversprechenden Anpreisungen betören lassen u. den Händlern die meist wertlosen oder doch im Verhältnis zu ihrem Wert viel zu teuren Waren abkaufen. Neben dem Schaden, der ihnen dadurch selbst entsteht, fügen sie auch der Allgemeinheit meistens einen empfindlichen Schaden zu. Denn in der größten Mehrzahl der Fälle kommen die Händler von auswärts und tragen das Geld wieder nach auswärts, in vielen Fällen zahlen sie auch keine Steuern oder doch nur im Verhältnis zu ihrem Umsatz sehr geringe Steuern, die dem Stadtsäckel wiederum verloren gehen.

Der Aufschwung des reellen Geschäftsverkehrs liegt nicht nur im Interesse der Stadt und der Wirtschaft, sondern vor allen Dingen auch im Interesse des Käufers selbst. Je höher nämlich das Geschäftsleben entwickelt ist, je größer die Unterstützung ist, die der Käufer dem heimischen Handel und Gewerbe angedeihen läßt, um so leistungsfähiger können diese Zweige werden und den Vorteil hat in erster Linie nur der Käufer.

Ehe man also einem dieser Hausierer oder fliegenden Händler einen Auftrag gibt, sollte man wohl überlegen, was man damit tut, und sehr genau bedenken, daß der Vorteil, die Ware ins Haus geliefert zu bekommen, meist mit einem ansehnlichen Draufgeld für die Minderwertigkeit der Ware ausgeglichen wird.

*

Widerrechtliches Behalten von Eigentum

Aus den Kreisen der Angestellten mehren sich die Klagen, daß Firmen Stellungsgesuche, denen Zeugnisabschriften und Photographie beiliegen, den nicht eingestellten Bewerbern nicht wieder zuschicken. Es wird mit Recht von den Stellungslosen, die sich durch diese Bewerbungsschreiben um eine neue Tätigkeit bemühen, darauf hingewiesen, daß es sich hier um Zurückhaltung von Eigentum handelt, und zwar um Zurückhaltung des Eigentums eines im Augenblick wirtschaftlich besonders Schwachen handelt. Stellenlose Angestellte, die meist nur von Erwerbslosenunterstützung leben, müssen mit jedem verausgabten Pfennig rechnen, und wenn sie täglich eine Anzahl von Bewerbungsschreiben hinausschicken, von denen jede Zeugnisabschrift ihnen allein 10 Pfennig kostet und erheblich teurere Photographien noch beifügen müssen, so ist es leicht zu errechnen, welch empfindliche Verluste der Angestellte durch die Zurückhaltung der Zeugnisse und Lichtbilder erwachsen. Die Erfahrung zeigt, daß es notwendig ist, auf diesen Übelstand hinzuweisen, damit die verantwortungsbewußten Arbeitgeber von jetzt ab wieder zu einer ordnungsmäßigen Rückgabe der Papiere der Stellungslosen übergehen.

Ein besonders heikles Kapitel ist die Frage der Chiffreanzeigen, die in diesem Augenblick auch eine Beachtung durch die zuständigen oberen Behörden vor allem durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung beanspruchen kann. Ist es für die Stellungslosen schon schwierig, von benannten Firmen die Papiere zurückzubekommen, so wird die Rückforderung der Einsendung auf Chiffreanzeigen selbstverständlich noch schwieriger. Es hat auch sogar das Ansehen als ob gewissenlose Persönlichkeiten Chiffreanzeigen aufgeben mit der Aufforderung, das Porto einzusenden und dies Rückporto dann in die eigene Tasche stecken. Diese Zustände verlangen eine gründliche Prüfung durch die in Frage kommenden Stellen.

*

Zur Ermäßigung der preußischen Hauszinssteuer.

Von einem Rechtsanwalt.

Bisher war die Ermäßigung der preußischen Hauszinssteuer regelmäßig nur dann möglich, wenn das in Frage kommende Grundstück am 1. Juli 1914 überhaupt nicht oder mit weniger als 20 Prozent des Grundsteuerwertes belastet war, oder wenn die Friedensmiete unter 6 Prozent dieses Wertes betrug. Die Frist für die aus diesen Voraussetzungen herzuleitenden Ermäßigungsanträge, die in der Praxis auch wohl in den meisten Fällen durchgeführt sein dürften, ist am 31. Dezember 1924 abgelaufen. Von einer Verlängerung wie bei den Anträgen zur Hypothekenaufwertung und zur Anmeldung von Sparkassenguthaben ist noch nichts bekannt geworden.

Weniger bekannt als die obengenannten Ermäßigungsgründe dürfte die Tatsache sein, daß in allen den Fällen, wo nach den Vorschriften der 3. Steuernotverordnung die auf ein Grundstück lautende Hypothek aufzuwerten ist, ab 1. Januar d. Js. gemäß § 28 Absatz 3 derselben Verordnung auf Antrag eine weitere Ermäßigung der Hauszinssteuer eintritt, indem die Steuer auf Antrag um die laufenden, sich aus der Aufwertung ergebenden Geldverpflichtungen, d. i. regelmäßig die Zinsen, nicht aber die Tilgungsbeträge, zu kürzen ist. Beträgt z. B. der Steuerwert eines Grundstückes 200 000 Mark und lastet auf dem Grundstück eine Hypothek mit einem Nennbetrage von 100 000 Mark, so ist diese regelmäßig mit 15 Prozent, d. h. also mit 15 000 Mark aufzuwerten. Von dieser aufgewerteten Summe sind für das Jahr 1925 2 Prozent, d. i. 300 Mark Hypothekenzinsen zu entrichten. Die Hauszinssteuer ist daher um 25 Mark monatlich zu kürzen, so daß nach dem vorliegenden Beispiel statt 240 Mark nur noch 215 Mark Hauszinssteuer zu entrichten ist. Die Steuer ist auch dann zu ermäßigen, wenn bereits eine Ermäßigung auf Grund der eingangs erwähnten Voraussetzungen erfolgt ist. Wird die Hypothek mit mehr als 15 Prozent ihres Nennbetrages aufgewertet, so tritt trotzdem nur eine Ermäßigung um den sich bei einer 15prozentigen Aufwertung ergebenden Zinsbetrag ein; ist die Aufwertung geringer als 15 Prozent, so erfolgt jedoch nur eine Kürzung der Hauszinssteuer um den der Aufwertung entsprechenden Zinsbetrag.

Falls in einigen besonderen Fällen mehr als 2 Prozent Jahreszinsen geleistet werden, übt dies auf die Ermäßigung keinen Einfluß aus. Dagegen ist vom nächsten Jahre an, wo sich der Zinssatz um ein weiteres Prozent erhöht, eine neue Herabsetzungsmöglichkeit gegeben. Der Antrag auf Ermäßigung ist unter Beifügung einer Bescheinigung des Grundbuchamtes über die hypothekarische Belastung des in Frage kommenden Grundstückes bei dem zuständigen Katasteramt zu stellen. Gegen die Entscheidung des Katasteramtes stehen dem Steuerpflichtigen die üblichen Rechtsmittel, also Einspruch, Berufung und Rechtsbeschwerde zu. Die eintretende Ermäßigung der Hauszinssteuer hat naturgemäß ebenso wie die bisherigen Ermäßigungen keineswegs eine Herabsetzung der Miete zur Folge, da sie lediglich als Ausgleich für die den Hausbesitzern durch die Aufwertung entstehenden neuen Lasten dienen soll.

In diesem Zusammenhange soll übrigens auch darauf hingewiesen werden, daß der preußische Finanzminister durch Erlaß die Vorsitzenden der Grundsteuerausschüsse angewiesen hat, in allen Hauszinssteuerangelegenheiten auf besonders bedürftige Personen weitgehend Rücksicht zu nehmen. Sozialrentnern, Kleinrentnern, Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Erwerbslosen, die die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, ist auf Antrag des Hauseigentümers die Hauszinssteuer zu stunden und gegebenenfalls vollständig zu erlassen. Wenn sich die Hauseigentümer weigern sollten, den betreffenden Antrag zu stellen, so wird von den zuständigen städtischen Steuerzahlstellen auf sie entsprechend eingewirkt. Daß die Anträge von den Mietern persönlich gestellt werden, ist vollständig zwecklos.

*

Wetterwarte.

B. W. am 9. 1. (Freitag): Trocken, ziemlich heiter, früh Frost, tagsüber ziemlich milde. — 10. 1. (Sonnabend): Wolkig, zeitweise heiter, ohne wesentliche Niederschläge, die gleiche Temperatur.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Sind wir jetzt im Winter? Vor wenigen Tagen hatten wir früh 9—10 Grad und mittags gar bis 13 Grad Wärme! Silvester zeigte sich sogar ein Gewitter! Wenn es nun auch seit Dienstag etwas kälter geworden ist und Mittwoch früh sich sogar wässrigere Schneeflocken zeigten, so braucht es deshalb noch durchaus nicht Winter zu sein! Schnell ist die bisher kältere Witterung immer wieder beseitigt. — Im Nordwesten bei Island nähert sich jetzt wieder ein neues Minimum, das die Temperatur im Südwesten und Westen Islands von 6 bezw. 4 Grad Kälte bis auf auf 4 bezw. 3 Grad Wärme, also um 10 bezw. 7 Grad steigen machte. Diese Störung und noch eine weitere, von jenen Gegenden kommende führen uns bald wieder zeitweise mildere Luftmassen zu, so daß wir am Sonntag wieder wolkiges Wetter mit etwas Niederschlägen und etwas kälterer Temperatur wie am Sonnabend, dabei aber etwas Wind zu erwarten haben. Das einzige, was wir bisher merken vom Winter, ist, daß wir uns in der dunkelsten Zeit des Jahres befinden; das bißchen Lichtzunahme ist noch wirkungslos.

*

Tageskalender.

Donnerstag, 8. Januar.

Verein ehem. Garde: Generalversammlung im „Reichskanzler“. — Neues Schützenhaus: Schießen der Jungschützen. — Guttemplerloge Burgwart: Öffentlicher Vortragsabend im „Herzog Christian“. — Verein ehem. Unteroffizier-Schüler: Versammlung in der „Goldenen Kugel“. — Restaurant „Hohenzollern“: Konzert.

Freitag, 9. Januar.

Theater-Verein: Hauptversammlung im „Tivoli“. — Biochemischer Verein: Monatsversammlung im „Casino“. — Neues Schützenhaus: Ball. — Union-Theater: Die schönste Frau der Welt. — Lichtspielpalast Sonne: Der verlorene Schuh; Fix und Fax, 2 Glückspilze. — Modernes Theater: Gaukler der Straße; Künstlerliebe. — Funkenburg und Casino: Großer Ball.

Täglich.

Beths Gesellschaftshaus: Eichhorn-Duo.

*

§ **Lützen,** 8. Jan. Von Donnerstag ab wird zur Erleichterung des Berufs- u. Schulverkehrs der Personenzug 2029 von Lützen—Leipzig-Plagwitz (werktags) wie folgt neu vorgesehen: ab Lützen 6,25 vorm., ab Meuchen 6,31, ab Schkölen-Räpitz 6,37, ab Seebenisch 6,42, ab Göhrenz-Albersdorf 6,48, ab Lausen 6,55 an Leipzig-Plagwitz 7,05. Dieser Zug führt nur die 3. und 4. Wagenklasse. Aus dem Abendzug 2023 (werktags) ab L.-Plagwitz 6,24 Uhr, an Lützen 7,00 Uhr wird die 2. Wagenklasse wegen zu schwacher Benutzung zurückgezogen.

Kreis Querfurt.

‡ **Querfurt,** 8. Jan. Vermittlung einheimischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter. Der Vorsitzende des Kreisarbeitsnachweises fordert in einer Bekanntmachung die Arbeitgeber auf, die Vermittlungsanträge rechtzeitig zu stellen. Vordrucke werden im Büro kostenlos abgegeben oder können schriftlich angefordert werden. Zur Deckung der für die Beschaffung der Wanderarbeitskräfte entstehenden Unkosten sind für jede angeforderte Arbeitskraft 15 GM. unmittelbar an das Landesarbeitsamt Magdeburg — Postscheckkonto Magdeburg 1875 — zu überweisen.

Theater-Nachrichten.

Theater-Verein Merseburg, E. V.

Montag, 12. Januar: I. Aufführung: 1. Die Frau im Fenster von Hugo v. Hofmannsthal. 2. Der eingebildete Kranke von Molière.
Donnerstag, 15. Januar: II. Aufführung: 1. Die Frau im Fenster von Hugo v. Hofmannsthal. 2. Der eingebildete Kranke von Molière.
Freitag, 16. Januar: III. Aufführung: 1. Die Frau im Fenster von Hugo v. Hofmannsthal. 2. Der eingebildete Kranke von Molière.

Stadttheater Halle.

Donnerstag, 7½ Uhr: 1001 Nacht.
Freitag, 7½ Uhr: Ein Volksfeind.
Sonnabend 7½ Uhr: Euryanthe.
Sonntag, 3 Uhr: Peterchens Mondfahrt. — 7½ Uhr: Zar und Zimmermann.

Leipzig: Neues Theater.

Donnerstag 7 Uhr: Mignon.
Freitag, 7 Uhr: Rheingold.
Sonnabend, 7½ Uhr: Die toten Augen.
Sonntag, 8 Uhr: Hänsel und Gretel. — 7½ Uhr: Irrelohe.

Leipzig: Altes Theater.

Donnerstag, 3½ Uhr: Pinkepunk. — 8 Uhr: Mein Vetter Eduard.
Freitag, 3½ Uhr: Pinkepunk. — 8 Uhr: Die zärtlichen Verwandten.
Sonnabend, 3½ Uhr: Pinkepunk. — 8 Uhr: Hamlet in Krähwinkel.
Sonntag, 3½ Uhr: Pinkepunk. — 8 Uhr: Hamlet in Krähwinkel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0004

Provinz und Nachbarländer.

Ein ständiges Ausstellungsunternehmen in Halle.

† **Halle.** Der Magistrat der Stadt Halle hat sich in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit Plänen zur Errichtung eines dauernden Ausstellungsunternehmens beschäftigt und beschlossen, ohne Verzug mit den berufenen Vertretungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs, der Landwirtschaft und des Handwerks in Verbindung zu treten, die ihr lebhaftes Interesse für diese Frage schon bei früherer Gelegenheit bekundet haben und die auch die geborenen Träger einer solchen Veranstaltung sind. Nachdem sich die Wirtschaft wieder in gesünderen Bahnen zu bewegen begonnen hat, hält es der Magistrat im Interesse der Stadtentwicklung und der Hebung von Handel und Verkehr für unumgänglich notwendig, daß nunmehr unverzüglich an die Verwirklichung der in großen Zügen vorbereiteten Pläne herangegangen wird.

Die Stadtgemeinde Halle besitzt an der Boelckestraße, nahe der Straßenüberführung über die Halberstädter Bahn, ein Gelände, das seiner Lage nach für Ausstellungszwecke vorzüglich geeignet ist und große Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Anschluß an die Reichsbahn ist vorhanden. Die Straßenbahnverbindung steht bevor und kann sich zwanglos dem neuen Projekt anpassen. Es ist zu hoffen, daß der Plan im Zusammenwirken sämtlicher interessierten Kreise baldmöglichst durchgeführt werden kann, und daß dadurch die Entwicklung unserer Stadt als Vorort des jungen mitteldeutschen Industrierevieres einen neuen kräftigen Impuls erhält. Mit dem wachsenden Verkehr werden dann auch diejenigen Einrichtungen ganz von selbst kommen, die der Stadt noch fehlen, und die trotz des Einsatzes starker Kräfte bisher nicht verwirklicht werden konnten.

Provinziallehrerkonferenz.

† **Halle.** Der Lehrerverband der Provinz Sachsen hatte für Dienstag eine außerordentliche Vertreter-Versammlung nach Halle einberufen, die überaus gut besucht war. Der Verband ist mit seinen Mitgliederbestand von 8000 Mitgliedern die stärkste Organisation innerhalb des Preußischen Lehrerverbandes. Nachdem geschäftliche und organisatorische Fragen erledigt waren, nahm die Versammlung Stellung zum bayrischen Konkordat. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die außerordentliche Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen, die Vertretung also von über 8000 Lehrern der Provinz Sachsen, stellt sich geschlossen hinter und um die gegen das bayrische Konkordat und die Verträge mit der evangelischen und lutherischen Landeskirche rechts des Rheins und mit der pfälzischen Landeskirche im Kampf stehende bayrische Lehrerschaft. Der Lehrerschaft der Provinz Sachsen ist es unfaßbar, daß ein Staat, dessen vornehmste Aufgabe die Heranbildung und Erziehung der zukünftigen Staatsbürger ist, die vornehmste Einrichtung hierzu, die Schule, vergeben und der Kirche überlassen kann.

Die Lehrerschaft der Provinz Sachsen erblickt in dem bayrischen Konkordat und in den Verträgen mit den dortigen evangelischen Kirchen eine Verletzung der Artikel 130, 135, 136, 143, 144, 146, 149 der Reichsverfassung und sieht sich deshalb außerstande, die bisherige Haltung der Reichsregierung in dieser Frage anzuerkennen. Sie erwartet darum, daß von der Reichsregierung, die in allererster Linie verpflichtet ist, die Verfassung zu stützen und zu schützen, noch jetzt Einspruch gegen das bayrische Konkordat und gegen die Verträge mit der evangelischen Kirche Bayerns erhoben wird, damit die Reichsverfassung und die Macht des Staates unangetastet bleibt und die Fortentwicklung eines machtvollen und zielbewußten deutschen Wesens gewährleistet ist.

Zum Schulprogramm fand folgende Entschließung Annahme:

1. Die öffentlichen Schulen sind grundsätzlich für Kinder aller Bekenntnisse gemeinsam.

2. In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

3. Für die Erteilung des besonderen Religionsunterrichts gelten die Bestimmungen des Artikels 149 der Reichsverfassung.

Damit war die Hauptarbeit der Tagung beschlossen, und die Delegierten gingen nach Erledigung der letzten geschäftlichen Angelegenheiten auseinander. Möge der Lehrerschaft in ihrem Kampfe auch weiterhin Erfolg beschieden sein!

Tödliche Gasvergiftung. Der geschiedene Ehegatte verhaftet.

† **Leipzig.** Am Dienstag früh wurde in einem Hause der Nathusstraße L-Lindenau die im Erdgeschoß wohnende geschiedene Frau Schmiedel, 32 Jahre alt, tot neben ihrem Bett aufgefunden. Es wurde Gasvergiftung festgestellt. Bei den Angehörigen der Frau entstand sofort der Verdacht, daß der geschiedene Ehemann die Gasvergiftung herbeigeführt habe, weil er schon oft die Frau mit dem Tode bedroht hat. Die benachrichtigte Polizei fand, daß das tödliche Gas einem Gasrohr entströmt war, das bis zur Mitte der Decke führte. Eine Brennstelle für Gas befindet sich nicht im Zimmer — es ist elektrisches Licht vorhanden —, wohl fand man aber, daß bei dem Ende des Rohres verschließende Stopfen nur ganz lose im Rohre hing und der Haupthahn offen war. Schmiedel wurde wegen dringenden Verdachtes der Täterschaft in Haft genommen.

Schneestürme im Thüringer Walde.

† **Eisenach.** Am Dienstag überzogen das Thüringerwald- und Rhöngebiet schwere Schneestürme. Aber nur in den Höhenlagen blieb der Schnee liegen. In den Niederungen waren die Schneestürme mit Regen untermischt. In der Nacht traten jedoch neue Schneefälle ein, wobei wegen des mittlerweile eingetretenen Frostes der Neuschnee nun auch in den Niederungen liegen blieb.

Mit schweren Schußwunden aufgefunden.

† **Eisenach.** Im Walde am Meißfisch wurden die beiden Reichswehrsoldaten Rönick und Seidler von der 7. Kompagnie des hiesigen Infanterie-Regiments 15 mit schweren Schußwunden, die sie sich entweder selbst oder gegenseitig beigebracht hatten, in lebensgefährlichem Zustande aufgefunden. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Lucas von Cranach — 70 Jahre.

† **Eisenach.** Am Mittwoch beging der Kommandant der Wartburg, Hans Lucas von Cranach, seinen 70. Geburtstag in voller Rüstigkeit. Vor 31 Jahren wurde er vom Großherzog Karl Alexander auf die Wartburg berufen, die er in diesem Menschenalter mit seinem Kunstverständnis und mit treuer Hingabe behütet hat. Der Jubilar ist ein Nachkomme des alten deutschen Malers Lucas Cranach, von dem er eine Anzahl Werke im Besitz auf der Wartburg hängen hat. Der Verein „Freunde der Wartburg" ließ dem Jubilar eine von Professor Sattler in München künstlerisch hergestellte Adresse überreichen.

Der Leichenfund bei Rothenstein.

† **Jena.** Die bisherigen Ermittelungen über den Leichenfund hinter dem Rothenstein lassen heute mit ziemlicher Bestimmtheit ergeben, daß ein Verbrechen vorliegt. Am Tatort wurde ein abgebrochenes Rasiermesser aufgefunden, das bei dem Verbrechen offenbar Verwendung fand. Die Persönlichkeit des Toten, der etwa 1,75 Meter groß ist und wohl seit etwa Jahresfrist in dem Waldgrabe ruht, ist noch nicht ermittelt worden; die Vermutung, daß ein seit zwei Jahren vermißter Jenaer Handwerker in Frage komme, erwies sich nach der Kleidung als nicht zutreffend. Da bis zur Stunde abgängige Personen aus der Umgegend nicht gemeldet sind, wird vermutet, daß ein Fremder dem Mordanschlag zum Opfer fiel. Die Überreste des Toten wurden noch am Montag nachmittag nach der Anatomie in Jena überführt, um gerichtsärztlich untersucht zu werden. — Das Geheimnis um den Leichenfund bei Rothenstein beginnt sich zu lüften. Der Tote ist aller Wahrscheinlichkeit nach der vor etwa drei Jahren plötzlich verschwundene Otto Zorn aus Altenberga. Man nimmt an, daß der junge Mann, der zuletzt im Lennawerk beschäftigt war, auf dem Nachhauseweg ermordet wurde. Es dürfte Raubmord vorliegen.

Messerheld.

† **Frankenhausen** (Kyffh.). Der des Lokals verwiesene Finnländer Mikko Wattonen, Schüler des Kyffhäuser-Technikums hier, zog aus Wut ein Stiletmesser und stach den 18jährigen Gastwirtssohn Dittmar durch die linke Achselhöhle in die Lunge, so daß dieser fast verblutete. Als er weitere „Heldentaten" ausführen wollte — ein Stich ereilte bei einem anderen jüngeren Manne zum Glück an der Brieftasche ab und zerschnitt die Jacke —, wurde er verhaftet.

Tödlicher Unfall.

† **Salzungen. Beim Ausladen von Kohlenschlacken auf der Gewerkschaft Kaiserode wurde der 15jährige Karl Norbey von abrutschenden Schlackenmassen, die sich entzündeten, verschüttet und schwer verbrannt, so daß er kurze Zeit darauf starb.**

Vorgeschichtliche Funde.

† **Unter-Wiederstedt.** In der Nähe der Anhalter Chamotte- und Ziegelwerke wurden vor einigen Tagen die Reste eines Steletts gefunden. Besondere Kennzeichen, wie die ganz ungewöhnliche Dicke der Schädelknochen, die fliehende Stirn und die Schenkelknochen deuten auf die vorgeschichtliche Zeit hin. Der Fund ist in Sicherheit gebracht und soll Autoritäten auf dem prähistorischen Gebiet zur Begutachtung vorgelegt werden.

Rundfunk

Freitag, 9. Januar.
Leipzig. Welle 454.

12 Uhr mittags: Wirtschaftsnachrichten für Handel und Landwirtschaft.
12 Uhr mittags: Mittagsmusik.
12.58 Uhr nachm.: Neuener Zeitzeichen.
1 Uhr nachm.: Wrrfebericht.
4 Uhr nachm.: Wirtschaftsnachrichten für Handel und Landwirtschaft.
6—6.30 Uhr abends: „Beherrschung" und Vortrag von Fr. v. Bomsdorf-Leibing.
6.30 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten für Handel u. Landwirtschaft.
7.30 Uhr abends: Paul Möbius-Döbeln: Marinegeschichten: „Im Taifun".
8.15 Uhr abends: Sonatenabend. 1. Haydn: Klaviersonate. 2. Mozart: Violinsonate Nr. 10 (B-Dur). 3. Beethoven: Sonate appassionata Nr. 23 (F-moll), Op. 57. 4. Brahms: Cellosonate (E-moll) Op. 38.
Anschließend: Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Berlin. Welle 505.

10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle.
10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst.
11—12.50 Uhr mittags: Konzerte für Verluche und für die Industrie.
12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börsbrie.
12.55 Uhr nachm.: Übermittlung des Zeitzeichens.
1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Wetterdienst.
2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse.
3.15 Uhr nachm.: Landwirtschafts-Börse.
4.30—6 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Hans-Breslow-Schule: „Augen auf! Kauf ist Kauf!" „Ein Schiffsbruch im Eismeer." „Hygiene im Verkehr."
8.30 Uhrabends: Orchester-Konzert: Joseph-Haydn-Abend. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Aus aller Welt.

Das Fluchtschiff „Buckau" im Sturm.

Kiel. In dem schweren Sturm, der in den letzten Tagen die Ostsee heimsuchte, erreichte das Fluchtschiff „Buckau" seine bisher noch unerprobte Seetüchtigkeit bei schwerem Wetter. Das Schiff erreichte eine Geschwindigkeit von neun Knoten und widerstand allen Böen und Brechern. Die Hansaatische Motorschiffahrt-A.-G. in Hamburg, der die „Buckau" gehört, will jetzt das Schiff am Donnerstag in den Dienst stellen. Die erste Reise soll über Flensburg nach Lübeck und von dort wahrscheinlich nach Schweden gehen. Zurzeit findet eine letzte Probefahrt nach Eckernförde statt.

Raubüberfall im Zug.

Hamburg. Am Sonntag nachmittag wurde von dem Personenzug Elmshorn—Altona unweit des Bahnhofs Pinneberg der Arbeiter Kurt Hofmann, geboren am 22. Januar 1902 zu Grimma, überfahren und schwer verletzt. Der Verletzte, dem der rechte Arm abgefahren sowie Kopf und Beine schwer verletzt sind, ist in das Krankenhaus Pinneberg eingeliefert worden. Er hat noch mitteilen können, daß er im Zug überfallen, beraubt und gewaltsam herausgeworfen worden ist. Die Angaben sind glaubwürdig, da Hofmann weder Papiere, noch Geld oder sonstige Wertgegenstände bei sich hatte. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Tat ist zwischen 5 und 6 Uhr hinter Elmshorn ausgeführt worden.

Rachefakt eines entlassenen Angestellten.

Hof. Der zum 1. Januar entlassene frühere Kassierer Schoebel des hiesigen Konsumvereins drang am Dienstag in die Verkaufs- und Lagerräume ein und gab dort auf hier anwesenden Angestellten Schüsse ab. Der Angestellte Friedrich Gebhardt, sozialdemokratischer Stadtrat, erhielt einen Schuß in das Gesicht und die Kontoristin Schöbel zwei Schüsse in den Unterleib. Die Schüsse, die er gegen den Vorstand Jammer richtete, verfehlten ihr Ziel. Nach der Tat stieg Schoebel durch ein Fenster auf das Dach, brachte sich zwei Schüsse in den Kopf bei und fiel dann in den Hof hinab, wo er schwer verletzt liegen blieb. Die Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Mit Ausnahme der Kontoristin Schöbel, die hoffnungslos darniederliegt, befinden sie sich außer Lebensgefahr.

*** Zusammenstoß von Expreßzug und Auto. Bei der bäuischen Station Vanlöse wurde ein Taxameterautomobil, das den Bahnübergang kreuzte, vom vorüberjausenden Expreßzuge erfaßt und über 250 Meter mitgeschleift. Der Chauffeur wurde aus dem Auto geschleudert und kam fast ohne Schaden davon. Von den übrigen Insassen des Autos wurde eine Person getötet, während die übrigen fünf schwere Verletzungen davontrugen. Da der Zug mit einer Geschwindigkeit von 75 Kilometern daherjauste, muß es als ein Wunder betrachtet werden, daß nicht alle Insassen des Autos getötet wurden, zumal das Auto von dem Zuge direkt mitten durchgeschnitten wurde.**

Reklameteil.

„Au!!!...."

das tut weh, wenn die Hände rot und aufgesprungen sind!

Dagegen hilft nur **KOMBELLA-CREME**

das millionenfach bewährte Hauptpflegemittel. In Tuben zu 35, 50, 100 Pfg., dazu die milde Kombella-Seife, Stück 75 Pfg., überall erhältlich.

Die dunkle Macht.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(Copyright 1922 by Greiner & Co., Berlin W. 30.)

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten!)

„Was wirst du nun tun," fragte er plötzlich wie aus dem Traum erwachend, da die beiden neben ihm still geworden waren, den Bruder.

„Was ich tun werde? Das ist sehr einfach: Ich lasse Helene im Sanatorium, bis sie völlig gesund geworden ist und ich ihr Herz gewonnen habe und heirate sie dann!"

„Natürlich ... aber das meinte ich nicht. Was wird mit diesem Hummel geschehen? Soll er denn straflos bleiben und sein schändliches Spiel weiter treiben dürfen?"

„Im Gegenteil. Man muß ihm so bald als möglich das Handwerk legen! Ich habe das Frau Mangold dringend ans Herz gelegt und sie aufgefordert, die Anzeige zu erstatten. Aber ich glaube, sie wird es nicht tun, weil sie völlig in Unkenntnis über Umfang und Bedeutung hypnotischer Zustände, einfach nicht daran glaubt. Sie nahm meine Ausführungen fast lächelnd als Märchen entgegen."

„Dann muß du selbst die Anzeige machen!"

„Auch daran dachte ich bereits, bin aber wieder abgekommen davon — wenigstens vorläufig."

„Warum?"

„Ja, siehst du, wenn man alles erst gründlich überlegt, so kann eine Anzeige im jetzigen Augenblick ein recht mißliches Ding werden. Ich habe keine Beweise als Helenes im hypnotischen Schlaf gemachte Angaben, die ohne Zeugen gegeben wurden. Dem gegenüber steht die Auffassung ihrer Stiefmutter, die sie glattweg als Diebin hinstellt. Wer nun, wenn die Polizei — und ich fürchte, gewöhnliche Polizeiorgane werden sehr wenig richtige Kenntnisse und Vorstellungen von dem Wesen der Hypnose haben — sich dem Urteil Frau Mangolds anschließen?"

„Es würden doch Sachverständige zugezogen werden!"

„Gewiß. Aber — wann? Keinesfalls im Stadium der Voruntersuchung. Man würde da — das ist ebenso gewiß — Helene mit Vernehmungen und Fragen quälen, die sie beantworten könnte. Zudem besteht die Gefahr, sogar die Wahrscheinlichkeit, daß der Name Hummel abermals der Mordstelle auftritt. Das muß unbedingt vermieden werden. Aus all diesen Gründen habe ich mich entschlossen, vorläufig von einer Anzeige abzusehen, ehe ich nicht zugleich Beweismaterial vorlegen und der Behörde die Möglichkeit geben kann, sogleich die Hand auf den Verbrecher zu legen."

„Wie willst du das erreichen?"

„Indem ich die Sache dem Detektiv übergebe, dem auch die Ausforschung des Mörders der armen Isabella übertrugst. Wenn jemand diesen Dr. Hummel aufstöbern kann, so ist es Silas Hempel. Gleich morgen will ich zu ihm. Einen Anhaltspunkt habe ich ja. Den Schlüssel ..."

„Wie — einen Schlüssel!" unterbrach ihn sein Bruder auffahrend. „Du hast einen Schlüssel? Wo her? Kann ich ihn sehen?"

„Gewiß, hier ist er. Erzählte ich noch nichts davon? Er fand sich in Helenes Manteltasche. Sie weiß jetzt im Wachzustand nicht, wie er dahin gekommen, noch wer ihn ihr gab. Aber ich bin überzeugt, daß er nur von Hummel stammen kann und sein Haus oder seine Wohnung aufschließt. Damit nun ..."

Er wurde unterbrochen durch den Eintritt Tonis, die dem Hausherrn ein Zeichen machte.

„Nun, was gibt's denn, Toni?" fragte Direktor Witt etwas ärgerlich über die Störung, denn der Schlüssel, den er noch in den Händen hielt und der haargenau jenem glich, der sich in Frau Isabellas Nachlaß gefunden, nahm all seine Gedanken in Anspruch.

„Herr Hempel ist da und läßt dringend bitten, Herr Direktor möchten ihn für ein paar Minuten empfangen."

„Silas Hempel?" Witt sah seinen Bruder an und sprang erregt auf. „Hörst du, Heinz, Silas Hempel ist da! Er kommt mir wie gerufen und — dir wohl auch! Wollen wir in mein Arbeitszimmer hinüber? Du entschuldigst uns für ein Weilchen, Tante Berta, nicht wahr?"

„Selbstverständlich. Aber empfangt ihn doch lieber hier, Kinder, ich gehe einstweilen in meine Stube." Damit huschte sie schon hinaus.

Auch Silas Hempel schien erregt, als er eintrat.

„Guten Morgen, meine Herren," begann er ohne Umschweife. „Verzeihen Sie die frühe Störung, aber sie ließ sich nicht vermeiden: Ich bringe die Adresse Dr. Eppichs!"

Franz Witt fuhr auf.

„Wirklich? Göttlich! Es ist Ihnen also gelungen, den Mann endlich auszufinden?"

„Ja, mit Hilfe eines Autos, eines Hundes und eines alten Weibes. Das Auto überfuhr nämlich den Hund, der einem armen alten Weibe namens Gerasser gehört und gottlos nicht allzu sehr mit ihm wegkam dabei. Da ich eben dazu kam und Tiere liebe, nahm ich mich des Hundes an und wollte ihn ins Tierspital bringen, als ein kleiner Junge sagte: „Der Hund heißt Lidby und gehört der alten Frau dort im Gartenhäuschen von Nr. 5. Soll ich ihr sagen, was geschehen ist?" Hm, das kann ich ja auch selber besorgen, meinte ich. Dem Tier ist nicht viel geschehen, vielleicht wird sie ihn lieber selbst in Pflege behalten. Den winzigen Hund im Arm, begab ich mich dann nach dem bezeichneten Gebäude, das mehr einem Stall als einem Gartenhäuschen glich — auch innen. Die Alte, die es bewohnt, begann gleich zu klagen und zu jammern, als sie von dem Unfall erfuhr, nahm sich aber des Tieres recht sachkundig an. Dabei erzählte sie mir, daß Lidby gar nicht ihr gehöre, sondern nur in Pflege bei ihr sei, während sein Herr, dessen Bedienung sie übernommen habe, anderweitig beschäftigt sei. Er sei nämlich ein berühmter Arzt, der fast den ganzen Tag mit seinen Patienten zu tun habe, teils auswärts, teils daheim. Sie, die Gerasser, räume ihm morgens die Zimmer auf, damit er zur Dienst zu Ende. Indes zahle der Herr Doktor sehr gut.

Ohne besonders Interesse, rein gewohnheitsmäßig, fragte ich nach dem Namen des Arztes, und Sie können sich denken, wie verblüfft ich war, als die Alte antwortete: Dr. Eppich!"

„Erfuhren Sie sonst noch etwas über Charakter und Wesen dieses Herrn?"

„Nein, wenigstens nichts von Bedeutung. Die Alte schilderte ihn als einen älteren ruhigen, ernsten Mann, der sehr gütig sei und ganz in seinem Beruf aufgehe. Seine Wohnung befindet sich im ersten Stockwerk eines alten Hauses, das dem Gartenhäuschen der Gerasser beinahe gegenüberliegt. Es trägt die Nummer 5. Die Straße heißt Backgasse, ist kurz und unregelmäßig und liegt, wie wir vermuteten, im Bezirk. Der Garten gegenüber gehört dazu."

„Wir werden natürlich morgen gleich hingehen und diesen Dr. Eppich sichern ins Gebet nehmen!"

„Ja, darüber zu reden kam ich hauptsächlich her. Ich bin der Meinung, daß wir durchaus nicht „scharf" vorgehen dürfen, wenn wir den Mann nicht warnen und dadurch alles verderben wollen. Erstens besteht die Möglichkeit, daß er ganz unschuldig an den Ereignissen ist, dann können wir nur hoffen, auf freundschaftlichem Weg vielleicht irgend einen weiteren Anhaltspunkt für unsere Nachforschungen zu erhalten. Oder er ist schuldig —"

„Er ist es bestimmt! Es kann ja gar nicht anders sein!" fiel Witt heftig ein. „Je länger ich über alles nachdenke, desto sicherer bin ich davon überzeugt, daß nur er der Schuldige sein kann. Bedenken Sie doch, wie verdächtig alles an dem Menschen ist. Er ist nicht polizeilich gemeldet, er übt einen Beruf aus, zu dem er gar nicht berechtigt ist, er umgibt sich und seine Tätigkeit mit dem Dunkel des Geheimnisses und hat offenbar auch seine Opfer angewiesen, nichts auszuplaudern ... übergenug, um mich wenigstens nicht an seiner Schuld zweifeln zu lassen."

„Gut. Nehmen wir an, er sei der Mörder Ihrer Gemahlin und dann wahrscheinlich auch der der Frau Karwendel. Aber dann erst recht dürfen wir kein Mißtrauen durchaus nicht erregen, denn wir haben noch keine Beweise gegen ihn, können ihn also nicht festnehmen lassen. Er würde also, sobald er merkt, daß man Verdacht gegen ihn hegt, einfach ausreißen!"

„Aber wie sollen wir uns dann verhalten?"

„So harmlos als möglich. Der Tod Ihrer Gemahlin gilt als Selbstmord, und wir müssen uns ganz auf diesen Standpunkt stellen. Wir kommen einfach zu ihm, da wir wissen, Frau Witt stand in seiner Behandlung, um von ihm zu erfahren, worin ihr Leiden eigentlich bestand und ob er als Arzt in ihrem Gemütszustand während der letzten Zeit irgend etwas bemerkte, was auf einen in nüchtbaren Entschluß hätte hindeuten können. Auch ob sie nicht durch ein gelegentlich hingeworfenes Wort Angaben von Lebensüberdruß verriet."

„Das kann ich nicht! Denn ich weiß ja bestimmt, daß es nicht der Fall war!"

„Dann lassen Sie mich den Sprecher machen oder Sie verderben vielleicht alles! Übrigens ist es sehr fraglich, ob Ihre Überzeugung von der Schuld Dr. Eppichs richtig ist, denn ich muß Ihnen noch sagen, daß der gefundene Schlüssel weder zu dem Schloß seiner Wohnungstür, noch des Haustores paßt. Ich habe mich gleich, nachdem ich die Gerasser verließ, einwandfrei davon überzeugt."

„Der Schlüssel!" Franz Witt griff sich plötzlich erinnernd in die Tasche und zog den von seinem Bruder erhaltenen Schlüssel heraus. „Das hätte ich beinahe vergessen! Wir sprachen eben von Ihnen, ehe Sie kamen, Herr Hempel. Mein Bruder wollte morgen deshalb zu Ihnen. Er fand diesen Schlüssel bei einem jungen Mädchen, dem ein gewisser Dr. Hummel, nachdem er es in hypnotischen Schlaf versetzt hatte, den Auftrag erteilte, ihm Geld zu verschaffen und zu diesem Zweck nicht nur Bargeld zu entwenden, sondern auch einen kostbaren Schmuck zu verkaufen, dessen Erlös sie ihm einhändigen mußte."

Hempel hatte überrascht nach dem Schlüssel gegriffen.

„Noch einer! Es ist der vierte! Seltsam — und dieses Mädchen blieb am Leben, nachdem sie den Auftrag ausgeführt während die Beiden der anderen dieser Dinge zum Opfer fielen?"

„Das Mädchen heißt Helene, nicht wahr, und hat eine Stiefmutter?"

„Ja. Aber woher wissen Sie ..."

„Der Fall wurde mir übertragen. Ich sollte Dr. Hummel ausforschen. Aber ich lehnte ab. Die Dame war mir zu hinterhältig und ihre Absichten zu wenig klar."

„Ich wollte Sie gleichfalls bitten, diesen Hummel auszuforschen!"

„O, Sie —das ist etwas anderes. Sie werden sich ja vermutlich nicht weigern, mir klaren Einblick in die Vorgeschichte und Nebenumstände dieser Schmuckangelegenheit zu geben!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0005

Turnen und Sport.

Turnpressetagung in Leipzig.

Die Fortschritte der Deutschen Turnerschaft in der Ausgestaltung ihres Turnpressewesens sind unverkennbar und in steter Vorwärtsentwicklung begriffen. Das bewies die am Sonnabend und Sonntag in Leipzig in der Turnhalle des Allgemeinen Turnvereins abgehaltene Turnpressetagung, an der über 50 Vertreter der Turnpresse aus allen Teilen Deutschlands, darunter die Pressewarte aller 18 Turnkreise, sowie zahlreiche Mitglieder des Vereins „Deutsche Turnpresse" teilnahmen. Vom Vorstande der D.T. war der 1. Vorsitzende Direktor Dr. Berger-Berlin erschienen, auch der Geschäftsführer Breithaupt-Berlin war bei den Verhandlungen zugegen, die vom Pressewart der D.T. Wiedemann-Berlin geleitet wurden. Die umfangreiche Tagesordnung, die sich in Vorträge über einzelne Gebiete und vornehmlich Neuerungen auf dem Gebiete des Pressewesens mit anschließender Aussprache, in einen geschäftlichen Teil und Besichtigungen einer Großdruckerei und des Buchmuseums gliederte, wurde restlos zu Ende geführt und stand im Zeichen freudiger Harmonie der Tagungsteilnehmer. Aus dem Bericht des Pressewarts der D.T. ging ein allgemeiner bedeutsamer Aufschwung sowohl der Turnfachpresse als auch eine Förderung der Einrichtungen zur Bedienung der Tagespresse hervor, die erfreulicherweise großes Entgegenkommen in der Aufnahme von Nachrichten aus dem vielgestaltigen Leben der D.T. zeigte, die durch den amtlichen Pressedienst der D.T. vermittelt werden. Zahlreiche Lehrgänge wurden durchgeführt, ebenso bestehen in vielen Kreisen und Gauen der D.T. bereits eifrig arbeitende Presseeinrichtungen. Die Organisation des Turnpressewesens wird noch weiteren Ausbau erfahren, insbesondere wird die Schaffung einer Turnpressezentrale angestrebt. Eine Reihe zeitgemäßer Vorträge wurde geboten, darunter vom Schriftleiter Naumann-Berlin über „Korrespondenzen und Fernmeldungen", von Schmugge-Berlin über „Funkspruch und Werbebild", vom Syndikus Dr. Rausch-Dessau über die wichtigsten Bestimmungen des Pressegesetzes, vom Schriftleiter Kiemeyer-Leipzig über „Turnen und Presse". Der Verlag Erich Eberhardt-Leipzig, Königstraße, kündigte dabei einen in Kürze regelmäßig erscheinenden Turnbilderdienst an. Moritz-Berlin sprach über die Pressearbeit in den kleinen Gauen. Huber-Berlin über die Schaffung einer Turnpressezentrale und Goldstein-Leipzig über die Ausgestaltung der Turnblätter. Die Wahlen zum Presseausschuß der D.T. ergaben die Wahl von Dr. Obermeyer-Stuttgart und Winter-Leipzig. Der Vorstand des Vereins Deutsche Turnpresse setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vors.: Wiedemann-Berlin, 2. Vors.: Kampmann-Bielefeld, Schriftführer: Huber-Berlin, Geldwart: Sandkaulen-Berlin, Beisitzer: Dr. Obermeyer-Stuttgart, Limpert-Dresden, Naumann-Berlin. Die Versammlung klang aus mit dem Gelöbnis treuer Arbeit im Dienste der D.T. und des deutschen Volkstumsgedankens.

*

Sitzung des Spielausschusses der Deutschen Turnerschaft.

Mit Jahresende trat der Spielausschuß der D.T. zu dreitägiger Sitzung zusammen. Teil nahmen unter dem Vorsitz des Spielwarts der D.T., Braungardt-Oldenburg, der Oberturnwart der D.T. Kunath-Bremen und die weiteren Mitglieder Hofer-München, Obmann für Schlagball; Otto-Altenburg, Obmann für Handball; und Glucker-Stuttgart, Obmann für Fußball.

Die reichhaltige Beratung zeitigte zur Frage der Spielregeln folgende Ergebnisse. Die vorliegenden Entwürfe für Trommelball und Fußball wurden geprüft, für 1925 bindend erklärt und werden in besonderen Regelheften der D.T. bekanntgegeben. Die Regeln für Fußball entsprechen in sinngemäßer Anlehnung den Regeln des D.F.B. Das Trommelballspiel ist entsprechend dem Faustballspiel gestaltet mit 3 Meter hoher Schnur und 8 Meter entfernter Angabelinie. Die Zahl der Spieler beträgt fünf, jede Schlagart ist künftig erlaubt. Die Vorschläge für Handball, zu denen Anregungen aus verschiedenen Turnkreisen vorlagen, wurden geprüft und werden als Vorlage des Spielausschusses zur allgemeinen Besprechung gestellt. Für Schlagball werden praktische Versuche mit Abänderungen der Regeln vorgenommen, ebenso für Trommelball mit Rohrgeflechtschlägern. Auch die Regeln für Faustball und Schleuderball werden zur allgemeinen Besprechung gestellt, doch darf erwartet werden, daß Änderungen hier nicht in Frage kommen. Ausdrücklich wird festgestellt, daß Regeländerungen für Sommerspiele 1925 überhaupt nicht, für Winterspiele vor Herbst 1925 nicht erfolgen, also frühestens mit Beginn der Spielreihe 1925/26. Über einheitliche Schiedsrichterausbildung wurden auf Grund der vorjährigen Erfahrungen Richtlinien beschlossen. Die Schiedsrichterlehrgänge de D.T. in den Kreisgruppen werden alle zwei Jahre stattfinden. Ebenso wurend die Erfahrungen über die Turnspielmeisterschaften 1924 in Altenburg ausgewertet und zu Richtlinien verarbeitet. Danach sollen Deutsche Meisterschaften nach Möglichkeit in mittlere Städte gelegt werden. Die Aussprache über Spielpressewesen ergibt wertvolle Anregungen für ihre künftige Gestaltung. Den Turnkreisen wird die Einrichtung einer Geschäftsstelle für die Spielpresse anheimgegeben. Die Tage für die Austragung der Spiele um die Meisterschaft im Handball und Fußball werden teilweise geändert und wie folgt festgelegt:

	A. Handball	B. Fußball
Meldeschluß der Kreismeister	20. April	27. April
Vorspiele in den Kreisgruppen	26. April	3. Mai
Zwischenspiele in den Kreisgruppen	3 Mai	10. Mai
Endspiele in den Kreisgruppen	17. Mai	24. Mai
Vorspiele um die Meisterschaft der D.T.	24. Mai	17. Juni
Zwischenspiele um die Meisterschaft der D.T	31. Mai	14. Juni
Endspiel um die Meisterschaft der D.T.	14. Juni	28. Juni

Eine Beurteilung zweckmäßiger Anzeigevorrichtungen für Schlagball und Faustball wird demnächst erscheinen.

*

Neuer Schnelligkeitsrekord.

Auf der vom Deutschen Aerolloyd mit der Imperial Airways Ltd. gemeinsam betriebenen Strecke London—Amsterdam—Hannover—Berlin ist der bisherige Schnelligkeitsrekord geschlagen. Die Flugzeit betrug bei vollbeladener Maschine mit Passagieren und Gepäck nur 4 Stunden 20 Minuten zwischen London und Berlin. Ganz besonders groß war die Geschwindigkeit auf der Strecke Hannover—Berlin, die in 58 Minuten zurückgelegt werden konnte.

*

Wintersport.

Schnee!

Was der Wettermacher schon prophezeite, ist zur Wirklichkeit geworden. Der Thermometer fällt, der Barometer steigt, „Hoch" und „Tief" kämpfen noch erbittert miteinander, so erbittert, daß die Flocken fliegen. Norwegen meldet starke Kälte und von seinen höher gelegenen Winterstationen Finse, Haugastöl und Gjeilo starken Schneefall; in der Schweiz, im Engadin, in Arosa wirbelt dichter Schnee, und selbst in unseren deutschen Mittelgebirgen ist der sehnlichst erwartete Schneefall teilweise eingetreten. Noch ist es recht wenig, aber man darf wieder Hoffnung schöpfen, daß Rodel, Bob und Ski doch noch zu ihrem Rechte kommen, daß es noch möglich sein wird, den gesunden Wintersport ausüben zu können, der für ganze Gebirgsgegenden ein hochbedeutender wirtschaftlicher Faktor geworden ist.

*

Wintersport im Harz.

Meldung vom 7. Januar vormittags aus Schierke: 5 Zentimeter Neuschnee, Temperatur 2 Grad, Wind Nordwest. Skilauf in höheren Lagen möglich.

Handels- und Börsenteil.

Reichsbank-Ausweis.

Da die Kreditansprüche für den Dezemberultimo sich teilweise bereits in den beiden Vorwochen geltend gemacht hatten, so waren die Anforderungen der Wirtschaft an die Reichsbank in der letzten Dezemberwoche relativ mäßig. Nach dem Bankausweis vom 31. Dezember stieg die Wechsel- und Lombardanlage im ganzen um 97 auf 2081,1 Mill. RM. Hiergegen sind aufzurechnen 70 Mill. RM rediskontierter Wechsel, die in das Portefeuille der Reichsbank zurückflossen und um welche die Summe der rediskontierten Wechsel auf 492,8 Mill. RM. in landwirtschaftlichen Wechseln aus dem Portefeuille der Bank an die Rentenbank abgegeben, so daß sich also als neuer Kreditbedarf der privaten Wirtschaft 58,8 Mill. RM. ergaben. Das Darlehen der Reichsbank bei der Rentenbank ging durch die weitere Abtragung auf 456,5 Mill. Reichsmark zurück.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen flossen 303,4 Mill. RM. während der Berichtswoche neu in den Verkehr. Der Banknotenumlauf wuchs dabei um 176,4 auf 1941,4 Mill. RM., der Umlauf an Rentenbankscheinen um 127 auf etwa 1835 Mill. RM. Einschließlich des Umlaufs an Privatbanknoten in Höhe von rund 120 Mill. RM. und an Scheidemünzen im Betrage von etwa 385 Mill. RM. belief sich der Zahlungsmittelumlauf in Deutschland am Jahresschluß auf 4,3 Milliarden Reichsmark (gegenüber 4,0 Ende November und 3,7 Ende September v. J.).

Im Zusammenhang mit den erwähnten Abflüssen an Geldzeichen gingen die Bestände der fremden Gelder in der letzten Dezemberwoche um 144,9 auf 820,9 Mill. RM. zurück.

Durch weitere Goldzugänge in Höhe von 42 Mill. RM wurde der Goldbestand auf 359,6 Mill. RM. vermehrt; im einzelnen nahmen die in den Kassen der Bank befindlichen Bestände um 51,4 auf 552,5 Mill. RM. zu, die unbelasteten Golddepots im Auslande um 9,4 auf 207,1 Mill. RM. ab. Die zur Golddeckung herangezogenen Devisenvorräte wurden um 14 auf 253,2 Mill. RM. verstärkt. Die Notendeckung durch Gold allein senkte sich geringfügig von 40,7 Prozent am 23. Dezember auf 39,1 Prozent am 31. Dezember, die Deckung durch Geld und Deckungsdevisen von 54,2 auf 52,2 Prozent. Die Scheidemünzenbestände der Bank erhöhten sich leicht um 1,5 auf 46,4 Mill. RM.

*

Sonderbare Kreditverteilung.

Im Geschäftsberichte des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes für das abgelaufene Jahr wird mit Recht Einspruch gegen eine Steuerpolitik — und von der Tarifpolitik unserer großen öffentlichen Verkehrsanstalten gilt genau das gleiche —, die auf der einen Seite durch Überlastung die Neubildung von Kapital in der Privatwirtschaft, ja sogar die Sicherstellung der notwendigen flüssigen Betriebskredite bei den Banken in empfindlicher Weise hemmt und beeinträchtigt, während sie auf der anderen weit über den Bedarf hinaus der Ansammlung riesiger Summen in den öffentlichen Kassen und bei öffentlichen oder halböffentlichen Kreditinstituten Vorschub leistet, die die Geldgeschäfte jener öffentlichen Verwaltungen besorgen. Der Bericht protestiert dagegen, daß die bisherige fiskalische Praxis, nach Gewährung verhältnismäßig geringfügiger Rabatte, die das System als Ganzes nicht berühren und seine Schäden nicht beseitigen, auch im neuen Jahre weiter geübt werden soll, und er weist darauf hin, daß durch solche Methoden die Erkenntnis der Notwendigkeit verdunkelt werde, den Weg zur finanziellen Gesundung weit mehr in einer Einschränkung der Ausgaben als in einer Steigerung der Einnahmen zu suchen. „Andererseits", so heißt es weiter, „haben die Erfahrungen des vergangenen Jahres gezeigt, wie sehr die Zusammenziehung gewaltiger flüssiger Geldmittel in der Hand öffentlicher oder halböffentlicher Institute eine Kreditverteilung nach wirtschaftlich gesunden, gerechten Grundsätzen gefährdet." In diesem kurzen und für die breitere Öffentlichkeit nicht ohne weiteres verständlichen Satze sind Andeutungen versteckt, über die sich einmal zu sprechen verlohnt.

Der Zeitungsleser hat mit größtem Erstaunen, daß derartiges überhaupt möglich sei, von dem Falle Kutisker-Preußische Staatsbank gehört. Es war ein ganz besonders krasser Fall, der überdies auch noch ganz besonders unglücklich ausgegangen ist, — und insofern tatsächlich ein Fall für sich, aus dem keine allgemeinen Schlußfolgerungen gezogen werden können. Immerhin hat dieser Fall eine Tatsache beleuchtet, die den mit den Berliner Verhältnissen einigermaßen Vertrauten längst nicht mehr unbekannt ist; die Tatsache nämlich, daß zwischen öffentlichen Behörden und Kreditzentralen (die Reichsbank scheidet dabei selbstverständlich aus), die über große, nach Anlage suchende Reserven verfügen, und gewissen Konzernen und Persönlichkeiten, die in der deutschen Volkswirtschaft erst seit ziemlich kurzer Zeit eine dominierende Rolle spielen oder zu spielen suchen, Finanzbeziehungen spezieller und enger Art bestehen, daß sich zwischen diesen Stellen in der Zeit des Überflusses der öffentlichen Kassen eine Art Privatgeldmarkt herausgebildet hat, der jenen Kassen hohe Zinseinnahmen verspricht, auf der anderen Seite aber den erwähnten Persönlichkeiten und Konzernen, die im wesentlichen spekulativ eingestellt sind, Kredite von oft sehr beträchtlichem Umfange zugänglich macht, die andere, bisweilen produktiver arbeitende Geschäftsleute ohne solche „Beziehungen" auch mit den allergrößten Anstrengungen nicht zu erlangen vermögen. Selbst wenn man annimmt, daß bei diesen Kreditgeschäften im übrigen alles mit rechten Dingen zugeht, handelt es sich hier um Dinge, die nicht recht sind. Wir wollen von all dem Geraune über die Art, in der jene lukrativen Beziehungen angeblich erworben und gefestigt werden, nicht sprechen; wir wollen keine Korruptionsanklagen erheben, obwohl es Tatsache ist, daß dann und wann Beamte aus dem öffentlichen Dienst der mit Geldüberfluß gesegneten Verwaltungen oder Institute in den Dienst jener kreditbegehrenden und mit Kredit bevorzugten Konzerne hinüberwechseln, und obwohl es den Beobachter ein wenig peinlich berührt, wenn er in Berliner Klubs hohe öffentliche Funktionäre mit Faiseuren zusammensitzen sieht, deren finanzieller Glanz recht neu und deren Erziehung ziemlich mangelhaft ist.

Auf all das wollen wir, wie gesagt, kein Gewicht legen. Aber ist denn, von all dem abgesehen, diese Art öffentlicher Kreditpolitik und Kreditverteilung auf die Dauer überhaupt zu ertragen? Man hat sich, mit Recht, darüber entrüstet, daß sich in der Aera der Inflation die Großindustrie, namentlich die Schwerindustrie, mit Hilfe der Papierkreditpolitik der Reichsbank außerordentlich bereichern, daß sie durch dieses äußerlich legitime, aber volkswirtschaftlich schädliche und moralisch verwerfliche Mittel ihre Machtsphäre ungeheuer ausdehnen konnte. Nun ist die Inflationskonjunktur zu Ende, und da hat sich zunächst das Sonderbare ereignet, daß im ersten Jahre nach ihrer Überwindung, in einem Jahre, in dem in der Wirtschaft infolge der Krise und infolge der Überbesteuerung schärfste Geldnot herrschte, die öffentlichen Kassen geradezu in Geld schwammen und in größtem Stile als Kreditgeber auftreten konnten. Und zu diesem Sonderbaren ist das noch Sonderbarere hinzugekommen, daß diese größten Kredite, die im Krisenjahr 1924 verfügbar waren, nicht nach Grundsätzen volkswirtschaftlicher Dringlichkeit und Billigkeit durch die berufenen Vermittlungsorgane verteilt wurden, sondern daß sie zum großen Teile an junge und jüngste Potenzen und Potentaten der deutschen, oder eigentlich nur der Berliner Wirtschaft gingen, die sie gleichfalls dazu verwendeten, ihren — bisweilen sehr unorganisch und weniger mit produktiven als mit spekulativen Absichten zusammengerafften — Machtkomplex zu vergrößern.

Es gibt gegen diese höchst unerfreulichen Erscheinungen nur eine Abhilfe: die Finanzen des Reiches, der Staaten, der Eisenbahn und der Post nicht auf Thesaurierung, sondern auf bloße Bedarfsdeckung bei sparsamster Ausgabenwirtschaft einzustellen und die erforderliche Kapitalneubildung der Privatwirtschaft zu überlassen. Dann wird auch die Kreditverteilung wieder „gesünder und gerechter" werden.

*

Zahlung der restlichen Rentenbankzinsen durch Industrie, Handel und Gewerbe

einschließlich der Banken zum 15. Januar 1925.

Für die Zahlung der zweiten Hälfte der von der Industrie. Handel und Gewerbe einschl. der Banken an die Deutsche Rentenbank geschuldeten Halbjahreszinsen war der 15. Januar 1925 in Aussicht genommen. Es empfiehlt sich, Zahlungen zu diesem Termin vorläufig nicht zu leisten, da Verhandlungen mit der Rentenbank über eine anderweitige Regelung dieser Zinszahlung schweben. Nach endgültiger Regelung erfolgt weitere Bekanntgabe. Hinsichtlich der von der Land- und Forstwirtschaft und den Gärtnereien zu zahlenden Rentenbankzinsen verbleibt es vorläufig bei den bisherigen Anordnungen.

Umstellung auf Goldmark.

Die Zeiten der Inflation und die Wirkung des Gesetzes über die Umstellung der Bilanzen auf Goldmark haben in vielen Kreisen das Gefühl für den wirklichen Wert unserer deutschen Aktien verwischt. Eine Zusammenstellung, die die Commerz- und Privatbank herausgibt, soll ein Bild von der Entwicklung der Kapitalien derjenigen Unternehmungen geben, deren Aktien an der Berliner Börse amtlich notiert werden. Sie umfaßt alle bis Ende Dezember 1924 vorgeschlagenen bezw. beschlossenen Umstellungen. Die beiden ersten Kolonnen der Liste geben ein Bild der Vorkriegslage, indem sie Friedenskapital und Dividendenerträgnisse der letzten drei Friedensjahre anführen. Die dritte und vierte Kolonne enthalten die Höhe des neuen Goldmark-Stammkapitals und das Verhältnis der Zusammenlegung. Die fünfte Rubrik gibt die Stückelung der neuen Aktien an. Den handlichen Taschenkalender stellt die Commerz- und Privatbank ihren Kunden gratis zur Verfügung.

*

Vom Devisenmarkt.

Am Berliner Devisenmarkt sind nennenswerte Veränderungen auch gestern nicht eingetreten. Die Marktlage bleibt durchaus normal. Am internationalen Markt sind im großen und ganzen nur unwesentliche Veränderungen festzustellen. Sehr fest ist die Sterlingdevise, die das letzte Stück auf dem Wege zur Goldparität wohl bald durchmessen haben wird. Die Rückzahlung eines großen Teiles der Staatsschuld an die Bank von England dürfte die Aufwärtsbewegung des Pfundes nur beschleunigen. Der Abstand von der Goldparität beträgt heute kaum noch 2 Prozent, während vor Jahresfrist das Pfund fast 15 Prozent unter der Goldparität stand. Im Usancenverkehr wurde der französische Frank mit 88,30 in London gegen Paris gehandelt,

*

Von den heutigen Börsen.

Berliner Börse vom 8. Januar.

Nach der kräftigen Aufwärtsbewegung der letzten Tage war an der heutigen Börse ein Stillstand eingetreten, der sich in der Hauptsache aus markttechnischen Gründen erklärte. Die Kurse unterlagen im allgemeinen nur geringen Veränderungen, so daß im großen und ganzen die gestrigen Schlußkurse in Geltung blieben. Kaliwerte vermochten im Freiverkehr anfänglich erlittene Besserungen im Verlaufe nicht zu behaupten. Die im allgemeinen hervorgetretene Zurückhaltung wurde auch mit der noch immer nicht zustande gekommenen Neubildung der Regierung begründet. Am Anleihenmarkte senkten sich die Kurse infolge vorwiegender Realisationsneigung etwas.

*

Berliner Produktenbörse vom 8. Januar.

Die starken Schwankungen der amerikanischen Notierungen blieben im allgemeinen auf die Preisgestaltung am Produktenmarkt ohne besonderen Einfluß. Da das gestern etwas besser gewesene Mehlgeschäft heute schon wieder ins Stocken geraten ist, wurden für Weizen die Lieferungsnotierungen ähnlich den gestrigen festgesetzt. Auch Roggen zeigte keine Festigkeit, zumal Inlandsware aus zweiter Hand angeboten blieb, für Auslandsroggen aber kein Bedarf bestand. In der Markt- und Preislage für Gerste und Hafer hat sich nichts geändert. Kleie war infolge der geringen Beschäftigung der Mühlen wenig angeboten und im Preise fest. Auch andere Futterartikel begannen zumeist mit höheren Notierungen.

*

Berliner Produktenmarkt vom 8. Januar.

Weizen, märkischer 238 243; Roggen, märkischer 229 235; Gerste 281 293; Winter- und Futtergerste 200 218; Hafer, märkischer 175 bis 184; Weizenmehl 32,75 35; Roggenmehl 32,75 35; Weizenkleie 16 16,20; Roggenkleie 15 15,20; Raps 408; Leinsaat 420 425; Viktoriaerbsen 31 35; kleine Speiseerbsen 20 22; Futtererbsen 19 20; Peluschken 15 16; Ackerbohnen 18 19; Wicken 16 18; blaue Lupinen 11 13; gelbe Lupinen 16; Serradella, alte 10 11, nue 16 18; Rapskuchen 18 18,20; Leinkuchen 26; Trockenschnitzel 9,40 9,50; Torfmelasse 9,60 10; Kartoffeln 19,50 19,60.

Mehl und die übrigen Artikel für 100 Kilo. Getreide versteht sich für 1000 Kilo.

*

Leipziger Börse vom 7. Januar.

Nach dem gestrigen Kursrückgang und dem Eindruck in den Vormittagsstunden hatte man heute wohl mit einer weiteren Abschwächung der Börse gerechnet. Statt dessen gestaltete sich auf festeres Berlin die Tendenz schon bei Beginn der Börse wesentlich freundlicher bei durchschnittlich mindestens gut behaupteten Kursniveaus. An dieser Gesamthaltung konnten auch weder die politischen Befürchtungen noch einzelne Enttäuschungen wie z. B. bei Kirchner etwas ändern. Das Geschäft blieb bis zum Schluß lebhaft.

*

Berliner Börse vom 7. Januar 1925.

(Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank.)

Adca	3,40	Görlitzer Waggon	5,40	B. Schimischow Cem.	35,50
Commerzbank	7,00	Gothaer Waggon	4,90	Wernshaus. Kammg.	9,10
Deutsche Bank	13,40	Höchster Farben	28,00	Wilmersd. Rheingau	17,25
Discontogesellschaft.	18,30	Ilse Bergbau	31,60	Zwickauer Masch.	1,60
Darmst. u. Nationalb.	14,25	do. Gen.-Scheine	22,75	Engelhardt Brauerei	40,00
Dresdner Bank	9,20	Kasseler Federstahl	12,00	Berliner Kindl	90,00
Reichsbank	65,40	Kirchner	30,00	Riebeck Reudnitz	19,00
Hapag	30,00	Koehlmann Stärke	33,00		
Nordd. Lloyd	4,12	Kolmar & Jourdan	25,60	**Freiverkehr.**	
Ver. Elbe Schiff	3,00	Köln-Rottweiler	14,00	Becker Stahl	1,4—1,8
A. E. G.	12,40	Nordd. Wollkämmerei	71,75	do. Kohle	7,6—7,4
Agfa	26,20	Rütgerswerke	21,00	Schebera	3,0—3,1
Badische Anilin	33,25	Rhein. Nassau Bergw.	60,00	Stoewer Auto	10,25
Charlottenb. Wasser	38,00	Rhein. Sprengstoff	10,75	Grade Auto	0,15
Dessauer Gas	40,0	Sarotti Schokolade	2,30	Ufa	14,25
Dynamit Nobel	13,20	Schwartzkopf Masch.	21,75	Kali Krügershall	10,60
Elberfelder Farben	28,20	Stöhr Kammgarn	62,25	Diamond shares	16,50
Fahlberg List	5,40	Tecklenborg Schiff	26,00		

Leipziger Börse vom 7. Januar 1925.

(Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank.)

Adca	3,50	Altenb. Landkraftw.	1,25	23er Dt. K.-Schätze	2,50
Mansfeld	5,00	Hupfeld Piano	6,90	24er Dt. K.-Schätze	4,00
Hartmann Masch.	7,40	J. C. Richter	2,00	Sparprämie	0,62
Kirchner & Co.	30,00	Fritz Schulz jr.	26,75	Schutzgebietsanleihe	6,75
Wotanwerke	5,50	Thüringer Gas	12,30		
Textilose Claviez	2,20	Halle Pfänner	17,0	**Freiverkehr.**	
Tränkner & Würker	85,00	Riquet & Co.	85,75	Leutke Piano	0,70
Tittel & Krüger	50,00	Lindner Waggon	82,00	Metallw. Oederan	0,13
Wurz. Kstm. Krietzsch	3,87	Neudeuer Ziegel	91,75	Nordwolle Genuß-	
Landkraftw. Kulkwitz	8,75	Dermatoidwerke	78,00	scheine (alte)	75,50
Kraftw. Sächs.-Thür.		Zeitzer Chem. Fabr.	7,9	do. (neue)	169,75
Auma	76,00	Ullersdorfer Werke	92,00	Thode Papier	0,33
Chromo Najork	81,00	5% Dt. Reichsanl.	0,90		

*

Hallische Börse vom 8. Januar 1925

(Mitgeteilt von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Filiale Merseburg.)

Bank- u. Vers.-Akt.		**Industrie-Aktien.**		Gottfried Lindner	83,—
Hallesch. Bankverein	1,50	Ammend. Papierf.	8,—	Schraplauer Kalkw.	1,20
Hall. Effkt. u. Wechsl.	0,20	Cröllw. Papierf.	10,5	Stadtmühle Alsleben	9,—
Gewerbe- u. Hdlsb.	0,18	Cönnerner Malzf.	50,—	G. Bester, Spedition	63,—
Landcredit-Bank	0,03	Eilenb. Katt.-Manuf.	26,—	Wegelin & Hübner	9,20
Zörbiger Bankverein	0,07	Eisenwerk Brünner	0,96	Zeitzer Maschinenf.	
Iduna Feuerverf. A.		Fabr. landw. Masch.		Zuckerraffinerie Halle	25,—
M.1000 zu 25% eingez.		F. Zimmerm. & Co.	51,—	**Im Freiverkehr genannte Kurse.**	
M.5000 zu 25% eingez.		Glauziger Zuckerf.	28,75		
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Hall. Maschinenf.	14,25		
Hall. Pfännersch. AG.	17,—	Hall. Röhrenwerke	3,—	„Api" (Petrol.-Ind.)	2,—
Prehl. Braunk. A.-G.	59,50	Heckert-Glas	0,005	Bankverein Artern	0,70
H. Stinnes-Riebeck-	49,—	Hildbrand Mühlenw.	3,—	Bernburg Saalmühl.	1,40
Mont., Wachs- u. Öl-		Moritz Jahr	6,90	Caesar & Loretz	3,40
werke A.-G.		Gebr. Jeutzsch	12,50	Hanf-Import	0,90
Werschen-Weißenf.	148,25	Kaiserbad Schmiedeb.	5,—	Kaliw. Krügershall	
Braunk.-A.-G.		Wilhelm Kate	1,20	Mansfeld. Bergbau	5,10
Bruckd.-Nietl. Berg-		Körbisdorfer Zuckerf.	125,—	Portland-Cementf.	13,50
bau-Verein Kuxe		Kyffhäuserhütte	1,25	Cröllw. Papf., j. Akt.	10,50

Tendenz behauptet, eher fester.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Feuilleton; Franz Gemm für Provinz, Lokales und Vermischtes; Karl Sättele für Volkswirtschaft und Sport, Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückporto ist in jedem Falle beizulegen.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0006

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Am 7. Januar starb unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter, Schwester und Tante,

Ww. Lina Schindler.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 8. Januar 1925.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 3 Uhr statt.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Heimgang unseres teuren Entschlafenen, des Gemeindevorstehers

Albert Springensguth

sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Herrn Pastor Seiffge in Bündorf für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Herrn Kantor Lehmann und Schulkinder in Oberkriegstedt, dem Kriegerbegräbnisverein Schadendorf und Umgebung für das feierliche Geleite, im besonderen dem Herrn Adolf Hauptmann in Burgstaden für den schönen Nachruf am Grabe meinen

tiefgefühlten Dank.

Unterkriegstedt, den 6. Januar 1925.

Hilda verw. Springensguth und Kinder.

Neubewertung der Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 1. Januar 1925 ab.

1. Volle freie Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)
   a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen u. sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte (z. B. Mägde) . . . . . . monatlich 25,— R.-M.
   b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, sowie für das gesamte auf See- u. Binnenschiffen beschäftigte Personal, soweit es nicht unter c aufgeführt ist monatlich 40,— „ „
   c) für Angestellte höherer Ordnung z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer und -lehrerinnen, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren, die auf Passagier-Dampfern über 5000 Brutto-Register-Tonnen in transatlantischer Fahrt beschäftigten Kapitäne, Erste Offiziere, Erste Ingenieure, Aerzte und Zahlmeister monatlich 60,— „ „
2. freie Station: 5/6 der zu 1 bezeichneten Sätze
3. freie Wohnung für (verheiratete) Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft . . . . jährlich 50,— „ „
4. Getreide: Großhandelspreis der betreffenden Provinzialbörse ab Station abzüglich 10 v. H.,
5. Hülsenfrüchte: Großhandelspreis ab Station abzüglich 15 v. H.,
6. Mehl: der unter 4 bezeichnete Getreidepreis zuzüglich 15 v. H.,
7. Brot . . . . je Pfund 0,15 R.-M.
8. Kartoffeln . . . . für den Zentner 1,50 „ „
9. freie Kuhhaltung . . . . . jährlich 165 „ „
10. freie Sommerweide für eine Kuh . . 40,— „ „
11. Milch a) Vollmilch . . für das Liter 0,15 „ „
    b) Magermilch . für das Liter 0,06 „ „
12. Butter . . . . . für das Pfund 1,50 „ „
13. freie Ziegen- od. Schafhaltung jährlich 24,— „ „
14. Stroh und Heu: Großhandelspreis ab Station abzüglich 50 v. H.,
15. gepflügtes Kartoffelland
    a) gedüngt für den Morgen (25 Ar) 50,— R.-M.
    b) ungedüngt für den Morgen (25 Ar) 30,— „ „

Merseburg, den 5. Januar 1925.
Das Finanzamt.

In unser Handelsregister B Nr. 52 ist heute bei der Firma Ammoniakwerk Merseburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Merseburg, eingetragen:
Dem Chemiker Dr. Johannes Fahrenhorst, dem Oberingenieur Franz Lappe, dem Chemiker Dr. Wilh. Wild, dem Kaufmann Richard Baacke, sämtlich in Ludwigshafen a. Rh., und dem Kaufmann Robert Grimm in Berlin ist Prokura erteilt.

Merseburg, den 29. Dezember 1924.
Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für die im Bezirke der fünf Zweckverbandsgemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Cröllwitz gehaltenen Hunde werden in der Zeit vom 8. bis 17. Januar 1925

Hundesteuermarken

im Steueramt des Zweckverbandes Leuna in Leuna-Werke, Bau 617, Zimmer 10-11 ausgegeben. Die Steuermarke kostet 50 Pfennig.

Ich fordere hiermit alle Hundehalter auf, die Hundesteuermarke bis spätestens 17. d. Mts. hier abzuholen.

Die Besitzer derjenigen Hunde, die nach dem 17. Januar d. Js. ohne Steuermarke angetroffen werden, haben Anzeige und Bestrafung zu erwarten.

Auf die Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 30. Oktober v. Js. in Stück 45/1924 des Amtsblattes wird nochmals hingewiesen.

Leuna-Werke, den 5. Januar 1925.
Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornely.

Möbliertes Zimmer gesucht. Blancke-Werke

Gut möbliertes **Zimmer** sofort von Beamten gesucht. Ang. unt. 752 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer evtl. 2 möglichst im Stadtinnern sucht lediger Kaufmann zu mieten. Angeb. unt 755 an die Exped. d. Bl.

Wohnungstausch Merseburg-Naumburg. Tausche 3-5 Zimmer Wohng. in Naumburg gegen mittlere Wohnung in Merseburg. Angebote unter 753 an die Expedition d. Bl.

Haus-kauf! Ein- oder Zwei-Familienhaus in Merseburg zu kaufen gesucht. Bis 20000 Mark Barzahlg. Vermittler verb. Ang. unt 751 an die Exp. d Bl.

Gut erhalt. Küchenherd, gröss. Steh-Schreibpult, Ziege, auch zum Schlachten, billig zu verkaufen Grünewald, Saalstraße 5.

Gelegenheitskauf! 9×12 Kamera (Doppel anastigmat, doppelter Balgauszug) billigst zu verk. Apparat ist sehr gut erhalt. Oelgrube 35, 1 Tr.

Transportabler, kl. grüner **Kachelofen** sehr gut erhalten, preiswert zu verkaufen Damaschkestraße 2.

Schweine zum Weiterfüttern zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Kleines Mädchen (14 Tage alt) als eigen abzugeben. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zink-Badewanne zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. 758 an d. Exp.

Damen-binden, Clysos, Irrigator, Spülapparate, Verbandstoffe, Bettunterlagen, Trikot-Schlauchbinden billig u. gut Johannisbad, Merseburg. Johannisstr. 10 Fernr. 576

Ingenieurschule Technikum Altenburg Sa.-A. m. b. H. (Staatskommissar) Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau. Preisw. Verpfleg. im Studierendenkasino. Sem.-Beg.: April und Oktober. Programm auf Wunsch.

Metall- u. Kautschuk-**Stempel** liefert H. Heßler Kirchstr. 7.

Arima nelische biochemische Behandlung aller heilbar. Krankheiten. Beseitigung der Gallensteine, Leber-, Magen- u. Darmleiden ohne Operat. **Karl Rauschenbach**, Heilmagnetiseur, Annenstr. Nr. 7. Sprechstunde tägl. 9—12 vorm., 3—6 Uhr nachm. außer Montag und Donnerstag.

Beth's Gesellschaftshaus! Täglich das beliebte **Eichhorn-Duo** Donnerstag und Freitag **Extra-Abende**

Terrazzo-Fußboden. Terrazzo-Material empfiehlt preiswert Bildhauerei Bielig, Gotthardtstr. 11 17 Tel. 684.

Pantoffeln (dauerhaft), 1.50 Mk. P. Harnisch, Oelgrube 1

Sportwesten Max Käther. Schmale Straße 21.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen Ing.- u. Werkm.-Abtlg. für allgem. u. landwirt. Maschb., Elektrot., Flugtechn. u. Eisenbahnbau.

Lungen-kranke erhalt. kostenfr. Broschüre Nr. 6. Dr. Hugo Caro G. m. b. H., Berlin W 30 g.

Wichtig für Landwirte! Unfehlbar wirkendes Mittel gegen Maul- u. Klauenseuche „Pathoserum". Erhältl. bei W. Petri, Merseburg, Roßstr. 13, 1 Tr.

Immer wieder möchten wir Sie daran erinnern, daß Anzeigen jeder Art an auswärtige Zeitungen zu denselben Bedingungen wie bei direkter Aufgabe von uns vermittelt werden **Merseburger Korrespondent** Abteil. Annoncen-Expedition

Konzernfreie, ältere Margarinefabrik, die Qualitätsware fabriziert, sucht **kapitalkräftige Grossisten** zur Uebernahme des Vertriebs ihrer Fabrikate gegen **hohe Provision.** Angebote unter 4185 an die Expedition dieser Zeitung.

Merseburg im Film!

Die Städtefilm-Abteilung unseres Unternehmens stellt nach dem Vorbild vieler anderer Städte, zuletzt Eberswalde, Greifswald, Prenzlau, Burg, Cüstrin einen **Stadtfilm Merseburg** her. Neben der Beachtung der Schönheiten und Sehenswürdigkeiten der Stadt wird dieser Film mit einer effektvollen Reklame und Propaganda in Verbindung gebracht, die der Geschäftswelt sowie den einzelnen Industrien durch tätige Beteiligung Gelegenheit bietet, die Verkehr und Wirtschaft fördernde Wirkung des Gesamtfilms zu steigern. Näheres durch unseren Organisator. Alle Anfragen wegen eventuell. Aufnahme-Beteiligung sind zu richten an **Courier-Film G. m. b. H., Berlin.**

Habe erstklass. Oldenburger **Acker-, Wagen- und Reit-Pferde** preiswert zum Verkauf. **G. Naundorf, Schlettau a. S.** Telephon Holleben 22.

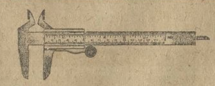
Von Sonnabend, den 10. d. Mts. ab steht wieder eine große Auswahl bester

Arbeits- und Wagen-Pferde (dänischer und steiermärker Schlag) bei uns sehr preiswert zum Verkauf. **Gustav Daniel & Co.,** Fernspr. 57 Weißenfels a. S. Vieh- u. Pferdegesch.

Masken=Garderobe von den einfachsten bis zu den feinsten Ausführungen.

Clown von 1.— Mk. an, Damen- und Herrenkostüme v. 2 M. an empfiehlt **M. Krause** Merseburg, Unter-Altenburg 8.

Leiden Sie? an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie Dr. Terrahes' Heilseife. Erfolg überrasch. Zu hab. i. d. Apothek. u. Drog.


Theodor Koch, Merseburg Fernruf 637 — Nordstrasse 14.

Lehrling kann Ostern eintreten Paul Kurthaus, Bäckermeister. Friedrichstr. 17 Tel. 742

Einen Lehrling zu Ostern sucht Oswald Rost, Fleischermeister, Merseburg, Neumarkt 8.

Gewandtes, jg. Mädchen aus besserer Familie als **Lernende** für sofort gesucht. Fa. Max Nell, Roßmarkt 3.

Suche für meine Gärtnerei und Obstbaumzucht einen **Lehrling** mit guter Schulbildung Karl Frey, Lauchstädt.

Waschfrau gesucht. Hermann Vollrath, Kantinenbetr. Leuna-Werke.

Jüngerer Konstrukteur mit Praxis im allgemeinen Maschinenbau zum sofort. Eintritt gesucht. Stahl- und Eisenwerk Frankleben, Frankleben bei Merseburg

Jung. Mädchen (15 J.) sucht Stellung als Lernende. Ang. unt. 750 an die Exp. d. Bl.

Waschfrau nimmt noch Wäschen an (außer dem Hause) Fr. Syma, Leuna, Siedlung, Schlosserstr. 8.

Tücht. Techniker oder Maschinen-Zeichner auf 2—3 Abendstunden zur Anfertigung von Maschinenzeichnungen gesucht. Ang. mit Angabe von Referenzen und Honoraransprüchen unt. 4193 an die Exped. d. B.

Junges Mädchen mit guter Schulbild., bew. in Stenogr. und Schreibm., sucht Stell. in Kont. oder Büro. Ang. u. 756 an d. Exp.

1 Junge zum Wegegehen gesucht Schmale Str. 12.

Neues Schützenhaus.

Sonntag, den 11. d. Mts., von nachmittags 4½ Uhr an **Masken-Ball!** Veranstaltet vom **Eisenbahn-Fahrbeamten-Verein.** Einlaß der Masken 5 Uhr. Die besten Masken erhalten hohe Prämien! Nach der Demaskierung Prämiierung der alten und neuen Rundtänze! Eintritt 50 Pfennig. Der Vorstand.

Funkenburg Freitag, abends von 7 Uhr ab **großer Ball.** Flottes Görlach-Orchester! Tanz frei!

Casino Freitag, den 9. Januar, von abends 7 Uhr **großer Ball** Tanzen frei! Vollbesetztes Orchester! Hierzu ladet freundlichst ein A. Linden.

Verein für Feuerbestattung in Merseburg und Umg. (E. V.)

Montag, den 12. Januar 1925, 8 Uhr im „Herzog Christian" **ordentliche Haupt-Versammlung**
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Entlastung des Vorstandes und des Kassierers. 4. Vorstandswahl, Wahl der Kassenprüfer. 5. Satzungsänderungen. 6. Verschiedenes. Anschließend Besprechung bezw. Gründung einer Bestattungsbeihilfe.

Beamten-Bekleidungs-Genossenschaft Merseburg e. G. m. b. H.
Freitag, den 23. Januar 1925, abends 8 Uhr **General-Versammlung** im Gasthaus „Zum alten Dessauer".
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Aufsichtsrates und Vorstandes.
2. Satzungsänderungen §§ 5 und 6.
3. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat. Wimmer.

Bund Deutscher Radfahrer. BDR. Der Bezirk Mücheln hält am Sonntag, den 11. d. M., nachm. 2 Uhr im „Schützenhaus" zu Mücheln seine **Jahres-Haupt-Versammlung** ab. U. a.: Vortrag über „Die moralische Bedeutung des BDR." Alle Vereine u. Einzelfahrer sowie Freunde des Radsports sind herzlich willk. Der Bezirksvorstand.

Männer-Gesang-Verein Neu-Rössen. Sonntag, den 11. 1. 25. nachm 3 Uhr **Jahres-Haupt-Versammlung** in Kantine II. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Vollzähl. Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Größer. Laden oder erste Etage für Geschäftszwecke sofort oder später zu mieten gesucht. Ev. Haus auf Werte Angebote unter 754 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Pianos, Flügel Weltmarken, reiche Auswahl. — Erleichterte Zahlungsweise. — B. Döll, Halle a. S., Große Ulrichstraße 33/34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0007

Union-Theater | **Lichtspiel-Palast „Sonne“** | **Modernes Theater**

Programme von Freitag bis Montag

Merseburg gib acht!!

Die große internationale Schönheits-Konkurrenz

Hauptrollen: Le Parry, Olaf Fjord, Georg Alexander

in

Die schönste Frau der Welt!

Das große Monumentalwerk von R. Eichberg.

6 Akte von Liebe und Leidenschaft bewegte Handlung — Rom — Neapel Der gewaltige Ausbruch des Vesuv!

Im Beiprogramm:

ER als Aushilfsdiener mit **Harold Lloyd**

und die sehenswerte Wochenschau Nr. 46

Täglich Beginn 5 Uhr — letzte Vorstellung 8½ Uhr.

Dies Prachtwerk muß jeder sehen!

Der verlorene Schuh!

Nach dem Aschenbuttelmärchen mit Motiven von Hoffmann und Brentano von Dr. Ludwig Berger.

Maria . . . . . Helga Thomas
Gräfin Benrath . . . . . Lucie Höflich
Violante } die Töchter . . . . Mady Christians
Elisa } . . . . Olga Tschechowa
Der Erbprinz . . . . . Paul Hartmann
Die Pasin . . . . . Frida Richard

Diese Künstler haben aus dem bekannten und beliebten Märchen ein Prachtwerk gemacht.

Fix und Fax, zwei Glückspilze

Reizende Groteske mit Sid Smith.

Anfang 5½ und 8 Uhr. — Sonntag ab 3 Uhr

Große Jugend- und Familien-Vorstellung.

Gaukler der Straße!

Lebensbild in 5 Akten mit **Hanni Reinwald** aus der Artistenwelt.

Künstlerliebe

Ein Spiel von Lieb und Leid in 5 Akten von C. Schneider.

Hierzu

Eine entzückende **Chaplin-Einlage**

Stark-Bier-Brauverbot ist mit 2.1.25 aufgehoben!

kommt in diesem Jahre nur doppeltstark eingebraut zum Ausstoß!

Freyberg-Brauerei gegr. 1810

Zur Aufklärung!

Die in letzter Zeit sich häufenden Angebote in Herrenstoffen von gewissenlosen Händlern veranlassen die hiesige Schneider-Innung, die Einwohnerschaft von Merseburg und Umgeb. vor Ankauf derartig minderwertiger Stoffe, die meistens nicht die Verarbeitung wert sind, dringend zu warnen.

Diese billigen Stoffe werden in der Hauptsache aus Kunstwolle (wieder verarbeitete alte Kleidungsstücke) von eigens für den Zweck arbeitenden Fabriken hergestellt.

Nur ein guter Stoff verbürgt ein gutes Kleidungsstück, und nur der Schneidermeister als Fachmann ist in der Lage, durch langjährige Erfahrung seinen Abnehmer sachgemäß zu bedienen. Aber auch jeder Schneidermeister ist in der Lage, diese billigen Stoffe noch billiger wie jede Konkurrenz zu liefern, weil er mit ganz bescheidenem Nutzen arbeitet.

Die hiesigen Schneidermeister sind schon immer der Ansicht gewesen, daß es kein Kunststück ist, billige Stoffe zu verkaufen, wohl aber Kunst, seine Kundschaft jahrelang zufrieden zu stellen.

Wenden Sie sich daher vor dem Kauf an bekannte, ortsansässige Schneidermeister, die den Wunsch und die Befähigung haben, Sie sachgemäß zu beraten, damit Sie den Kauf, wenn das Kleidungsstück längere Zeit getragen werden soll, nicht bitter zu bereuen haben.

Schneider-Innung Merseburg u. Umg.

KÜCHEN

Schlafzimmer
Speise- und Herrenzimmer

fertigen nach gegebenen und eigenen Entwürfen

Gebrüder Scheibe

Fernspr. 235. Schmale Str. 25 Fernspr. 235.

Morgen, Freitag **Schlachtefest**
Otto Allebe, Gr. Sigiitr. 12

Freitag **Schlachtefest**
Rich. Jukoff. Neumarkt 4.

Grabdenkmäler, Grabeinfassungen, schwarz-weiß. Silberties in groß. Auswahl sehr preisw.
Bildhauerei Bielig, Gartenstr. 11/17. Tel 684

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel! Metallbetten für Groß und Klein, mit u. ohne Zubehör. Stahlmatr., an Private Bequeme Bedingungen. Kat. 5⁰ Pf. Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Alt leider Nerven-Balsam, bewährt bei nervösen Schmerzen, Rheuma, Schlaflosigkeit, Zahnschmerzen. Allein: Central-Drogerie R. Kupper, Markt

Reparaturen an Nähmaschinen, Grammophonen schnell u. gut
Max Schneider Mech.-Mstr. Schmale Str. 19

Vom 8. bis 20. Januar dauert mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

Ich habe für diesen Zweck keine minderwertige Ware zugekauft, um das Publikum mit billigen Preisen zu täuschen, sondern es kommen nur einwandfreie, gebrauchsfähige Qualitäten aus meinen Riesenbeständen zum Verkauf. Die Preise sind, insonderheit für Winter-Ware, sehr stark ermäßigt und bietet sich somit eine wirklich günstige Kaufgelegenheit. Auf alle dem Ausverkauf nicht zugeteilten Waren gewähre ich während dieser Zeit

10 Prozent Rabatt!

Als besonders preiswert empfehle:

1 Posten **Ulstermäntel** mod. Tailleninform u. Raglan mit kariert Abseite jetzt **29⁰⁰**
1 Posten **Herren-Anzüge** hell und dunkel . . jetzt 25.00 **29⁰⁰**
1 Posten **Gummi-Mäntel** pa. Gummierung . . . . jetzt **19⁰⁰**
1 Posten **Herren-Hosen** kräftige Qualität **4²⁵**
1 Posten **Herr.-Breecheshosen** mit doppeltem Gesäss **6⁰⁰**
1 Posten **Phantasie-Westen** meistens helle Muster **2⁵⁰**
1 Posten **Wind Jacken** kräftiger Köper **7⁵⁰**
1 Posten **Wetter-Jacken** Fischgratmuster **28⁵⁰**
1 Posten **Herr.-Lodenmäntel** bester Strichloden **21⁰⁰**

Oskar Zimmermann, Merseburg Gotthardtstr. 25

Gastwirtschaft Leuna Teich morgen **Freitag Schlachtefest** von 10 Uhr an Wellfleisch. Es ladet freundl. ein d. Wirt.

Morgen Freitag **Schlachtefest** Von 10 Uhr ab Wellfleisch und Bratwurst. Karlstraße 7 (Hoffischerei) und Domstraße 14 Ernst Quaas.

Morgen Freitag **Hausschlachten!** Wellfleisch, Gehacktes, frische Wurst empfiehlt **Max Kriegenherdt** Hallische Straße 71.

Morgen Freitag **Schlachtefest** Wilhelm Allerit Amtshäuser 17.

Freitag **Schlachtefest.** Rich. Tepper, Obere Breite Str. 18

Wer im Merseburger Korrespondent inseriert, hat immer guten Erfolg!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,20 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 1,05 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten) Einzelnummer 10 Goldpfennig. Sonnabends 20 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 8.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
Amtsblatt der Stadt und des Landkreises Merseburg
mit en wöchentlichen Beiblättern Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
der vierzehntägigen Beilage Bilder von Feld und Hof und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennig Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 824 Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 89 070.

Nr. 6 — Donnerstag den 8. Januar 1925 — 51. Jahrg.

Nochmaliger Auftrag zur Regierungsbildung.

Regierungsbildung noch heute? — Loebe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Berlin, 8. Jan. (Radiomeldung.) Reichspräsident Ebert hat namentlich im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Reichskanzler ersucht, möglichst beschleunigt ein Kabinett zusammenzustellen. Reichskanzler Marx hat diesen Auftrag angenommen und wird versuchen, noch im Laufe des heutigen Tages ein Kabinett zu bilden. Gegenwärtig findet ein Kabinettsrat statt.

Berlin, 8. Jan. (Radiomeldung.) Der Ältestenrat des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung die

Dispositionen für die nächsten Tage

getroffen. Am morgigen Freitag werden Geschäftsordnungen und Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabend-Sitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil vermutet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen ist. Am Montag soll dann die Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Im übrigen einigte sich der Ältestenrat über die Wiedereinsetzung früherer Ausschüsse, wie der Ausschüsse für die Kriegsbeschädigtenfragen, für die Aufwertungsfragen, für das besetzte Gebiet usw.

*

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Während sich die Frage der Regierungsbildung immer mehr verwirrt und unter die Belastung immer neuer Komplikationen und Hemmnisse gerät, gehen im Reichstag die Dinge mit einer überraschenden Reibungslosigkeit voran. Man spürt zwar auch hier die Unrast und Ungewißheit, die über unserem politischen Dasein liegt, und man fühlt unter der so friedlich und glatt erscheinenden Oberfläche die gegensätzlichen und feindlichen Strömungen, die bei irgend einer Gelegenheit einen Sturm zu entfesseln bereit sind, aber noch sind die Widersacher und Meinungsverschiedenheiten gebunden durch die Undurchsichtigkeit dessen, was werden soll, noch ist Zurückhaltung in allen Lagern die vorsichtige Parole; unter deren günstigem Einfluß laufen die ersten Arbeiten ruhig und ohne Hemmungen. Auch

die Präsidentenwahl

stand unter diesem Zeichen. Wohl konnten einzelne Parteien nicht umhin, wenigstens durch die Aufstellung aussichtsloser Kandidaten den Versuch einer Erschwerung und Verzögerung zu machen, neben dem sozialdemokratischen und dem deutschnationalen Anwärter, zwischen denen die Entscheidung liegen mußte, wurde auch ein Volksparteiler und ein Kommunist genannt, und selbst auf Adolf Hitler „vereinigte sich" eine Stimme. Aber die Erwartung, daß bei diesem Nebeneinander mehrerer Kandidaten zunächst keiner die klare Mehrheit erhalten und Stichwahl nötig sein werde, wurde angenehm enttäuscht. Das Zentrum, das eine Zeitlang mit der Absicht umgegangen war, ebenfalls eine eigene Kandidatur aufzustellen, hatte diesen Plan fallen gelassen und stimmte sofort für den aussichtsreichsten Bewerber, auch aus den Reihen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei schlossen sich mehrere Abgeordnete an, und so erhielt der sozialdemokratische Kandidat Loebe schon im ersten Wahlgang

mit 231 Stimmen die sichere Mehrheit.

Mit 212 Stimmen folgte der bisherige deutschnationale Präsident Wallraf. Loebe nahm die Wahl an und leitete seine Amtstätigkeit mit einer kurzen Ansprache ein, die sofort zeigte, daß der Reichstag allen Grund hat, die Wiederkehr dieses bewährten, erfahrenen, umsichtigen und mit einer seltenen Gabe des die Dinge richtig fassenden Wortes ausgestatteten Verhandlungsleiters zu begrüßen. Auch der erste Vizepräsident mußte durch Zettelwahl gewählt werden. Die Deutschnationalen hatten zur Überraschung des Hauses ihr Mitglied Gräf-Thüringen für diesen Posten vorgeschlagen; man mochte der Meinung sein, daß sie geeignetere und ruhigere Anwärter hätten finden können, aber das ist ja schließlich ihre Sache. Auch Gräf wurde mit großer Mehrheit gewählt, und als weitere Vizepräsidenten kehren die bisherigen bewährten Inhaber dieser Ämter, der Zentrumsabgeordnete Bell und der Volksparteiler Dr. Rießer, wieder. Nach der Zusammenstellung des Büros ging der Reichstag dann an die positive Arbeit. Sie begann zunächst mit einer ausgiebigen Geduldsprobe, führte aber schließlich zu dem erstrebten Ergebnis, daß die kommunistischen Anträge auf Freilassung der inhaftierten Abgeordneten dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen wurden. Der Reichstag wird am morgigen Donnerstag seine Arbeiten planmäßig fortsetzen.

*

Ist man hier also gut im Zuge, so steht es mit der

Regierungsbildung

um so schlimmer. Es scheint tatsächlich in der 6. Abendstunde des Mittwoch, als sei Reichskanzler Dr. Marx mit seinem Latein zu Ende. Er hat sich in dieser Stunde zum Reichspräsidenten begeben, und es ist immerhin möglich, daß er ihn um Entlastung von diesem undankbaren Auftrag bittet. Eine größere Wahrscheinlichkeit allerdings spricht dafür, daß Reichskanzler Dr. Marx noch einen letzten Versuch machen wird, wenn auch offenbar weder er noch sonst jemand den Weg klar sieht, den er beschreiten soll. Die Deutschnationalen haben dadurch, daß sie Preußen zu der Frage ersten Ranges gemacht haben, eine Regierungsbildung mit ihrer Mitwirkung zunächst unmöglich gemacht. Solange aber, bis die Dinge in Preußen geklärt sind, glaubt Reichskanzler Dr. Marx nicht recht warten zu können. Er hat daher bekanntlich den Versuch gemacht, ohne die Deutschnationalen weiter zu kommen und an ein Kabinett gedacht, in dem der Volksparteiler Kahl das Justizministerium und der Demokrat Koch das Innenministerium und das Vizekanzleramt übernehmen sollten. Die Deutsche Volkspartei aber hat sich dem widersetzt mit der Erklärung, sie könne ein in dieser Weise sich als

verdecktes Kabinett der Mitte

darstellendes Kabinett nicht mitmachen. Damit war auch diese Möglichkeit verschüttet. Es bleibt nun vielleicht noch der Ausweg, der bei diesem Plan schon mitsprach, nämlich verschiedene Portefeuilles an die bisherigen Staatssekretäre der einzelnen Ministerien zu geben und dadurch das Restkabinett soweit als nötig zu ergänzen. Es würde freilich wohl dabei auch erforderlich sein, Ersatz für die volksparteilichen Minister zu schaffen und hier liegen wohl die Schwierigkeiten, für die also wieder die Deutsche Volkspartei die Verantwortung hat. Das Zentrum hat sich zwar in Preußen sehr klar gegen die Absichten der Deutschnationalen und der Volkspartei ausgesprochen, ist aber im Reiche auf einer Bahn, deren Ziel man nicht ganz klar zu erkennen vermag.

Die Antrittsrede Loebes.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Nach seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten dankte Abg. Loebe, mit lebhaftem Beifall von der Mehrheit des Hauses begrüßt, für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Im Gegensatz zu früher sei jetzt auch das Amt des Reichstagspräsidenten zu einem Kampfobjekt zwischen den Parteien geworden. Der Präsident ist aber, so fuhr der Redner fort, in dem Augenblick, wo er sein Amt antritt, zu voller Unparteilichkeit gegenüber allen Parteien verpflichtet. Diese Unparteilichkeit gelobe ich hiermit. (Beifall.) Dazu gesellt sich die Frage, die Minderheiten zu schützen. (Rufe bei den Kommunisten: Mit Hilfe der Polizei!) Der Schutz der Minderheiten ist nur möglich, wenn die volle Arbeitsfähigkeit des Reichstages gesichert und seine Würde gewahrt ist. Ich werde bemüht sein, diese Arbeitsfähigkeit und Würde des Reichstages zu wahren und erbitte dazu ihre Mitarbeit. Der Präsident erinnert dann an die großen Aufgaben, die dem Reichstag bevorstehen, die Wirtschaftsverhandlungen und die Aufwertungsfrage. Er gedenkt zum Schluß der verstorbenen Abg. Dr. Düringer (DVP.) und Maltewitz (DnVP.) und rühmt ihre Verdienste. Die Abgeordneten haben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Der Präsident legt scharfen Protest gegen die ungerechtfertigte Besetzung deutschen Landes ein und schließt mit einem Dank an den Alterspräsidenten und den bisherigen Präsidenten des Reichstages, der vor Schwierigkeiten gestanden habe, wie noch nie ein Reichspräsident.

Einberufung des Ältestenausschusses.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Der Ältestenausschuß des Reichstages ist für Donnerstag vormittag 11 Uhr einberufen worden, um über die bevorstehende Vertagung des Reichstages Beschluß zu fassen.

Die Vizepräsidenten des Reichstags.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurden insgesamt 444 Stimmen abgegeben, davon waren 396 gültig. Der Abgeordnete Graef-Thüringen erhielt 247, der Abgeordnete Bell (Ztr.) 116 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zersplittert. Der Abgeordnete Graef-Thüringen nimmt die auf ihn gefallene Wahl an. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde durch Zuruf der Abgeordnete Bell (Ztr.) und zum dritten der Abgeordnete Rießer (DVP.) gewählt.

Selbständige Zentrumspolitik in Preußen.

Berlin, 8. Jan. (TU.) Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags trat heute vormittag elf Uhr zur Weiterbesprechung der politischen Lage zusammen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand das Ergebnis der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums. Die Besprechungen bewegten sich, wie verlautet, in der Richtung, daß man die Entwicklung im Reiche weiter zu verfolgen habe, daß aber das Zentrum für Preußen an einer selbständigen Politik nach wie vor festgehalten werde. Zu einer endgültigen Festlegung ist es bisher noch nicht gekommen. Um ein Uhr wurden die Beratungen unterbrochen. Sie sollen um drei Uhr fortgesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß das Ergebnis der Beratung in einem parteioffiziellen Kommunique mitgeteilt werden wird.

Die Reichsregierung gegen den Vertragsbruch.

Die deutsche Antwort in der Räumungsfrage.

Die deutsche Antwort auf die Note der alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Reichskanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone folgendes ergebenst mitzuteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtungen, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolgedessen erhobenen dringenden Vorstellungen haben sich die alliierten Regierungen entschlossen, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich daher vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrages von Versailles die erste Epoche seiner Durchführung abschließen und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten eine Erleichterung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Erleichterungen die Befreiung eines großen Teiles des besetzten deutschen Gebietes nicht innehalten wollen. Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebietsteile durch fremde Truppen ist

eine der härtesten Bestimmungen

des Versailler Vertrags. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben damit dem

Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag

versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an eine ruhige Zusammenarbeit mit anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert. Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung des Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage. Sie beschränken sich indes einweilen darauf,

diese Verfehlungen allgemein anzudeuten.

Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf die die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.

Die alsbaldige Mitteilung dieser Tatsachen durfte um so mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängt.

Durch ihr Verfahren haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit genommen, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte

weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird.

Sie wird alsdann zögern, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte, Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganisationen bestehen, das ihrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verzögerung der [illegible]

[illegible] Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortführung jener Politik leiten lassen, so ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung der durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konflikte zu gelangen.

Der Reichshaushaltsplan für 1925.

Berlin, 7. Jan. (TU.) Dem Reichstage ist der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 zugegangen. Er weicht in formeller Hinsicht von demjenigen für das Rechnungsjahr 1924 wesentlich ab. Er ist auf Reichsmark eingestellt und enthält u. a. die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 227 749 Mk., die zur Bestreitung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes dienen sollen und zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege des Kredits bis zum Betrage von 150 000 000 Mk. Der Reichshaushaltsplan schließt die Einnahmen und Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung mit 5 947 202 281 RM. und für die Kriegslasten mit 14 385 356 RM. ab. Die Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung werden im ordentlichen Haushalt auf 5 513 787 899 RM., die fortdauernden Ausgaben auf 5 328 944 449 RM., die einmaligen Ausgaben auf 184 843 450 RM. angesetzt. Im außerordentlichen Haushalt werden die Einnahmen und die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung auf 433 414 382 Reichsmark veranschlagt.

Trendelenburgs Bericht.

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Staatssekretär v. Trendelenburg, der Führer der deutschen Handelsvertragsverhandlungen in Paris, der gestern abend hier eingetroffen ist, wird heute nachmittag im Reichskabinett über den Verlauf der Pariser Verhandlungen und seiner Besprechungen mit dem französischen Handelsminister Raynaldy Bericht erstatten.

Erdbeben.

Freiburg (Baden), 8. Januar. (TU.) Hier und in ganz Baden sowie in der Schweiz wurden heute vormittag von 3.50 bis 4 Uhr heftige Erdstöße wahrgenommen, die von einem unterirdischen schwachen Donnergeräusch begleitet waren. Die Erdbewegung war wellenförmig und verlief in süd-nördlicher Richtung. Sachschaden ist nicht entstanden.

New York, 8. Januar. (TU.) Aus Boston wird von einem neuen Erdstoß berichtet, der etwa eine Minute dauerte und eine große Panik hervorrief. Ernste Schäden sind nicht entstanden. Der Mittelpunkt des Erdbebens liegt im Atlantik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250108-12/fragment/page=0009